No. 34. 24. Jahrg. 25. August 1911.

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHER, TAPETEN- U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.
Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:
Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25.
Verlag: *Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephon: Amt III, 5246.*
Druck und Expedition: *Conrad Müller, Schkeuditz.*
Redaktionsschluß: Sonnabend.

Insertion.
Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Volksfürsorge. Rundschau. Politische Monatsschau. Die Kampfestaktik des Unternehmertums, III. Kauf und Abzahlung. Adressen-Aenderungen. Eingegangene Gelder. — *Allgemeines:* Unsere Lehrlingsabteilung im Jahre 1910. Ortsberichte: Gera, Heilbronn. — *Der Lithograph:* Die Lithographin, III. — *Der Steindrucker:* Der Schutzverbandskreisvertreter Hyll in Barmen. Aus den Sektionen: Leipzig. — *Die photomech. Fächer:* Die Resultate der Gehilfenkreisvertreterwahlen im Lichtdruck. — *Anzeigen.*

Beilage: Kassenbericht vom I. Quartal 1911. — *Feuilleton:* Die internationale Hygieneausstellung, I. Stimmen für den Frieden. Gegen neueren Reklameunfug. Das Rauchen in den Versammlungen. Vom Büchertisch.

Bekanntmachungen.

Lohnbewegungen.

Augsburg. Hier wurde ein Tarif auf 2 Jahre, gültig bis 30. Juli 1913, abgeschlossen. Festgelegt wurde eine Arbeitszeit von 8 und 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden und an den Tagen vor den hohen Festen 7 Stunden; bei Einführung der englischen Arbeitszeit verringert sich die Arbeitsdauer um je ½ Stunde. Der Mindestlohn beträgt 22, 25, 28 und 30 Mark, beim Lehrprinzipal 1 Mark weniger. Versäumnisse, die unter § 616 B. G. B. fallen, werden nicht abgezogen. Kein Gehilfe darf mehr als 80 Ueberstunden im Jahre machen; der Zuschlag beträgt 27 und 75 Proz. Auf je 5 Gehilfen darf ein Lehrling gehalten werden. Ferner werden nach dreijähriger Tätigkeit 3 bis 5 Tage Ferien gewährt. Dieser Tarif wurde von den Firmen *W. Fiek, F. Burger* und *G. Stempfle* unterschriftlich anerkannt. Die Firmen Burger und Stempfle bewilligten allgemein 5 Proz., die Firma Fiek für einen Kollegen 3 Mk., für die übrigen je 2 Mk. Lohnzulagen.

Cöslin. In den Firmen *Rosenberg, Heudess* und *Jakob* erhielten die 5 beschäftigten Kollegen zusammen 10 Mk. Lohnzulagen.

Düren. Mit der Firma *J. Grysar* wurde ein Tarif auf 2 Jahre, gültig bis 15. Juli 1913, abgeschlossen. Festgelegt wurde die 8- und 9-stündige Arbeitszeit, Feiertagsbezahlung, Ueberstundenzuschlag von 25 und 50 Proz. und 21, 24 und 27 Mk. Mindestlohn; auf je 4 Gehilfen kommt ein Lehrling. 4 von den 6 in der Firma beschäftigten Kollegen erhielten zusammen 7 Mk. Lohnzulagen.

Eßlingen. Mit der Firma *Schreiber* fanden Verhandlungen über die Lehrlingsfrage statt, wobei auch für 9 Kollegen insgesamt 15 Mk. Lohnzulagen bewilligt wurden. Die Gewährung von Ferien soll wohlwollend erwogen werden.

Lahr. In der Firma *Pfaff* wurde die Arbeitszeit für Steindrucker, in der Firma *Lorenz* für Lithographen und Steindrucker um je ½ Stunde verkürzt.

Nürnberg. Die Firma *Schemm* bewilligte für 8 Kollegen insgesamt 12 Mk. Lohnzulagen.

Ferienbewilligungen.

Augsburg. Die Firmen *Burger, Fiek* und *Stempfle* bewilligten nach dreijähriger Tätigkeit 3 bis 5 Tage Ferien. (S. auch unter Lohnbewegungen.)

Danzig. Die Firmen *Sauer* und *Mielke* bewilligten unsern Kollegen Ferien von 3 und 4 Tagen.

Darmstadt. Die Firma *Heedt & Gauss* gewährt 3 und 6 Tage Urlaub.

Stuttgart. Die Firma *Gatternicht* bewilligte 3 bis 6 Tage und die Firma *Reisacher* 3, 4, 5 und 6 Tage Ferien.

Gesperrt.

Norwegen. Die Kollegen stehen vor der Erneuerung des Chemigraphentarifs, der mit dem 1. Oktober d. J. abläuft. Sie fordern eine Erhöhung des Mindestlohnes und des Ueberstundenzuschlags, während die Unternehmer eine Verschlechterung des Tarifs anstreben und sich besonders gegen die achtstündige Arbeitszeit wenden. Die Unternehmer übergaben ihre Sache der allgemeinen Unternehmerorganisation, sodaß mit einem Kampf zu rechnen sein wird. Zuzug ist fernzuhalten.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

In das Verzeichnis der tariftreuen Anstalten sind nachzutragen die Firmen

Körner & Sohn-Leipzig
Hess & Janke-Frankfurt a. M.

Aus dem Verzeichnis der tariftreuen Anstalten ist zu streichen die Firma:

Standard-Clichefabrik Piepenschneider & Säuberlich, Braunschweig.

Berlin, 14. August 1911.

Die Volksfürsorge.

Nachdem bereits der Leipziger Genossenschaftstag, der vom 18. bis 22. Juni 1911 stattfand, die Begründung einer Volksversicherung durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine, und zwar möglichst in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, beschlossen hatte, trat auch der Dresdener Gewerkschaftskongreß diesem Plane durch einstimmige Annahme folgender Resolution vollinhaltlich bei:

»Die Generalkommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung ins Leben zu rufen. Aufgabe der Vereinigung soll sein, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützungen in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderversorgung usw. zu gewähren. Die zur Durchführung dieses Auftrags mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und das Statut der Unterstützungsvereinigung bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.«

Durch die Beschlüsse des Genossenschaftstages und des Gewerkschaftskongresses wurde der Grundstein zu einem Werk gelegt, das für die moderne Arbeiterbewegung außerordentlich segensreich wirken muß. Zunächst wird die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung, für die die kurze und treffende Bezeichnung Volksfürsorge geplant ist, die gewerkschaftliche wie auch die genossenschaftliche Organisationsarbeit in ausgedehntem Maße fördern und befruchten. Vor allen Dingen wird sie aber den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften eine weitere feste Stütze im Daseinskampfe bieten; sie wird die gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft unabhängig machen von den privaten Versicherungsgesellschaften, die nur darauf bedacht sind, ungeheure Summen zur weiteren Bereicherung ihrer großkapitalistischen Aktionäre aus den Taschen der Arbeiterschaft herauszuholen.

In welcher Weise und in welchem Umfange letzteres geschieht, zeigte Genosse Gustav Bauer, der die zitierte Resolution auf dem Gewerkschaftskongreß sachkundig begründete, an einer Reihe von Beispielen, auf die hier kurz eingegangen werden soll.

1909 berichtete das Aufsichtsamt für Privatversicherung über 44 Lebensversicherungsgesellschaften, in denen nicht weniger als 11616 Millionen Mark versichert waren und die bei einer Gesamteinnahme von 4294 Millionen Mark und einer Gesamtausgabe von 4182 Millionen Mark aus diesem Versicherungsgeschäft einen Jahresüberschuß von 112 Millionen Mark erzielten. Von den 44 deutschen Lebensversicherungsgesellschaften hatten 15 die sogenannte Volksversicherung, die schon mit Wochenbeiträgen von 10 Pfennigen abgeschlossen werden kann, durchgeführt. In dieser Volksversicherung waren 1909 bereits 6823275 Policen vorhanden, die eine Versicherungssumme von 1345 Millionen Mark investierten, wovon allein auf die bekannte »Viktoria« mehr als die Hälfte, nämlich 710 Millionen Mark entfielen.

In welcher Weise die Volksversicherung ihre Vermögensbestände erzielt und zur Bereicherung ihrer Aktionäre beiträgt, dafür bietet grade der Entwickelungsgang der eben genannten »Viktoria« das treffende Beispiel. 1895 betrug ihr Gesamtvermögen 112 Millionen, die Gesamteinnahmen aus Barprämien 31 Millionen, die Gesamtzahlung der Versicherungsfälle 2094000 Mk., der Gesamtüberschuß 6297000 Mk. und die Dividende der Aktionäre 29½ Proz. Bei der Dividendenzahlung muß berücksichtigt werden, daß von dem Aktienkapital von 6 Millionen ursprünglich nur der fünfte Teil bar eingezahlt worden ist; der Rest ist von den Aktionären in Form von Wechseln hinterlegt worden. Die Dividende rechnet aber vom gesamten Aktienkapital. Im Laufe der Jahre ist nun das eingezahlte Aktienkapital auf 70 Proz. gestiegen, nicht etwa dadurch, daß die Aktionäre neue Zahlungen gemacht haben, sondern dadurch, daß von dem Gewinn soundso viel pro Jahr zur Tilgung der Wechsel überwiesen worden ist. Auf diese Weise besteht hier ein verschleierter Gewinnanteil, der nicht in der Dividende zum Ausdruck kommt, aber eine bare Vermögenssteigerung der Aktionäre bedeutet. In Wirklichkeit ist also nicht eine Dividende von rund 30 Proz., sondern das Fünffache, also von 150 Proz. gezahlt worden. Von 1895 bis 1905 steigerte sich das Vermögen auf 543 Millionen, die Prämieneinnahmen auf 113 Millionen, die Auszahlungen für Versicherungsfälle auf 8 Millionen, der Ueberschuß auf 24 Millionen, die Dividende auf 50 Proz.; in Wirklichkeit betrug sie aber, wie gezeigt wurde, das Fünffache, also 250 Proz. 1909 war der Vermögensbestand bereits 750 Millionen, die Einnahmen aus Prämien 153 Millionen, die Auszahlung für Versicherungsfälle nur 11 Millionen, der Ueberschuß 32 Millionen; die Dividende betrug 1909 »nur« 17 Proz., weil man wieder einen erheblichen Teil zur Deckung der Aktienwechsel verwandt hat. Aus dieser gradezu glänzenden Entwicklung und den fabelhaften Gewinnen ist zu ersehen, wie lukrativ für die Aktionäre der »Viktoria« das Versicherungsgeschäft ist.

Natürlich können diese ungeheuren Gewinne nur durch eine beispiellose Benachteiligung des versicherten Publikums erzielt werden. Dabei spielt der Verfall der Policen eine große Rolle; *1909 verfielen nicht weniger als 147 Millionen Mark Versicherungssumme, weil die Versicherten ihre Beiträge nicht weiter bezahlen konnten, wobei die Volksversicherung allein mit 69 Millionen Mark partizipiert!* Diese ungeheuren Verluste treffen hauptsächlich die Minderbemittelten, die große Masse der Arbeiter, nicht zuletzt die Mitglieder der Gewerkschaften, aus denen sich zum größten Teil die Zahl der in der Volksversicherung Versicherten zusammensetzt.

Es lag daher nahe, daß sich die Gewerkschaften bemühen mußten, ihre Angehörigen vor derartigen Schädigungen zu bewahren. Mit einer Warnung vor den Versicherungsgesellschaften wäre es aber nicht getan gewesen. Das Bedürfnis nach ausreichender Versicherung beherrscht große Kreise des Volkes. Wollte man die Arbeiter, die sich auf Grund dieses Bedürfnisses zu versichern suchten, gegen die geschilderten Schädigungen durch die Gesellschaften schützen, dann mußten die Arbeiterorganisationen selbst diesem Bedürfnis Rechnung tragen. Dazu ist durch die Beschlüsse des Genossenschaftstages und des Gewerkschaftskongresses der Anfang gemacht worden.

Die Volksfürsorge, die sich die Arbeiter durch ihre Organisationen auf Grund dieser Beschlüsse selbst schaffen werden, wird als ihre erste und vornehmste Aufgabe den Grundsatz verwirklichen, *daß den Einzahlern kein Pfennig der eingezahlten Beiträge verloren gehen darf.* Die Betonung und strikte Befolgung dieses Grundsatzes wird allein schon zur Gewinnung der Arbeiter für die Volksfürsorge ein gut Teil beitragen, die Propaganda des organisatorischen Werbeapparates tatkräftig unterstützen und zur Ablenkung von den privaten Versicherungsgesellschaften beitragen, die viel weniger soziale Einrichtungen zum Schutze der Versicherten, als vielmehr lukrative Bereicherungsmittel für geschäftskundige Kapitalisten sind. Dieser für die privaten Versicherungsgesellschaften vornehmste Zweck scheidet für die Volksfürsorge der Arbeiter natürlich vollständig aus. Ebenso werden in dieser keine Provisionen zu zahlen sein, die bei dem Werbeapparat der Privatgesellschaften ungeheure Summen verschlingen; die Propaganda wird durch die Gewerkschaften in Versammlungen und in der Presse völlig kostenlos erfolgen. Auch die Verwaltung, die den Genossenschaften überlassen bleiben soll, weil die Gewerkschaften dadurch nicht ihren Hauptaufgaben entzogen werden dürfen, wird viel billiger wie in den Privatgesellschaften sein; wenn der Generaldirektor der »Viktoria«, Herr Gerstenberg in Berlin, nachgewiesenermaßen ein Jahreseinkommen von 778000 Mk., in Worten *siebenhundertachtundsiebzigtausend Mark* bezieht, dann kann man sich einen Begriff davon machen, um wieviel billiger die Verwaltungskosten der eigenen Volksfürsorge der Arbeiter sein müssen. Aus allen diesen Gründen kann in letzterer im Gegensatz zu den Privatgesellschaften jeder Pfennig der geleisteten Beiträge den Mitgliedern voll und ganz zu gute kommen.

Vor allen Dingen bedeutet aber die Begründung der Volksfürsorge eine außerordentliche Steigerung der Verwertung der wirtschaftlichen Kräfte der Arbeiterschaft, die bisher, abgesehen von ihrer Anwendung in der Genossenschaftsbewegung, für die Arbeiter selbst vollständig brach gelegen haben und vom Kapitalismus für seine der Arbeiterschaft entgegenstehenden Interessen und Ziele ausgenutzt worden sind. Hunderte von Millionen Kapital werden durch die Volksfürsorge aus unzähligen Quellen zusammenfließen, dem Privatkapitalismus entzogen und im Interesse der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiter nutzbringend verwendet werden können.

Aus allen genannten Gründen werden die Beschlüsse des Genossenschaftstages und des Gewerkschaftskongresses im klassenbewußten Proletariat begeisterten Widerhall finden. Jeder organisierte Arbeiter wird an ihrer Verwirklichung rege mit tätig sein.

Wie wichtig die Beschlüsse für die Arbeiterschaft sind, ist schon daraus zu ersehen, daß sie von den geschworenen Feinden der klassenbewußten Arbeiterbewegung, den Scharfmachern aller Schattierungen, mit einem wahren Angst- und Wutgeheul aufgenommen wurden. Am deutlichsten kam das in einem Artikel der »Kreuzzeitung«, der würdigen Vertreterin der Nachfahren aller edlen Strauch- und Raubritter, zum Ausdruck, die über den Beschluß des Gewerkschaftskongresses nachstehende Scharfmachereien verzapfte:

»Es fragt sich nun, ob der Staat diesem Unternehmen gegenüber sich gleichgültig verhalten soll. An und für sich wird dagegen, daß sich Vereine eine Unterstützungs-Kasse schaffen, nichts eingewendet werden können. Anders aber liegt die Sache, wenn man erfährt, daß für diese Kasse nicht nur eine ungeheure Agitation entfaltet, sondern daß auch das Konsumvereinswesen für den Agitationszweck in Anspruch genommen werden soll. Es handelt sich hier um einen Anfang von *Monopolisierung, dem jedenfalls auf irgend eine Weise gewehrt werden muß.* Die Monopolisierungsgelüste sind namentlich in der sozialdemokratischen Konsumvereinsbewegung sehr lebhaft. Die Vereine suchen schon jetzt den Verkauf von Massenartikeln unter den organisierten Arbeitern und deren Familien zu monopolisieren und schädigen damit auf das empfindlichste unser Kleingewerbe. Sie streben aber auch vermittels ihrer Einkaufsgenossenschaft die Eigenfabrikation von Massenbedürfnissen, die Ausschaltung des Großhandels und bestimmter Produktionsgruppen an. Es wird also nicht länger angehen, daß man der durch die Sozialdemokratie forcierten Entwicklung der Konsumvereine ruhig zusieht.«

Dieses zu brutalen Gewaltmaßnahmen gegen die auf dem Boden des Rechtes und des Gesetzes stehenden Einrichtungen der Arbeiterschaft hetzende Geschwafel geht sogar dem gut bürgerlichen »Berliner Tageblatt« zu weit. Mit beißender Satyre schreibt es dem Organ des seligen Freiherrn von Hammerstein folgendes ins Stammbuch:

»Nach agrarkonservativer Auffassung, die neuerdings auch vom Zentrum unterstützt wird, ist der Staat eine Einrichtung zum Schutze der Produzenten, in erster Linie natürlich der Großproduzenten. *Gegen Syndikate, die den Verkauf der Kohle oder des Kalis monopolisieren und den Konsumenten die Preise diktieren, haben die Schwarzblauen nichts einzuwenden. Auch die »ringbildende« Kraft von Milch und Spiritus wissen sie zu schätzen.* Wenn aber die Konsumenten *nachmachen* möchten, was die allmächtigen Produzenten ihnen *vorgemacht* haben, dann entdecken Zentrum und Konservative a tempo ihr Herz für den — Mittelstand. In Wahrheit sind es natürlich die Herren Großagrarier und ihre schwarzen Schutzheiligen selber, die das Erstarken unabhängiger Organisationen der Konsumenten fürchten wie das höllische Feuer. Haben doch die feudalen Schnapsbrenner beim Schnapsboykott zum ersten Male die Macht der Konsumenten empfindlich zu fühlen bekommen! Wie wär's mit einem Gesetz, das den Konsumenten das Koalitionsrecht gänzlich entzieht und es den »produktiven Ständen«, vom Kohlenbaron und ritterlichen Schnapsbrenner an aufwärts, vorbehält? Das wäre erst die Krönung von Deutschlands agrarischer Gesetzgebung, und Herr Kirdorf und der Zentralverband wären gleich mit dabei.«

Dieser gründlichen Abfuhr eines bürgerlichen Blattes durch ein anderes haben wir nichts hinzuzufügen. Hinweisen wollen wir nur noch auf die glänzende Logik der »Kreuzzeitung«, die zwar gegen die Schaffung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse nichts einzuwenden hat, die aber gegen die Agitation für diese Kasse den Staat als den Büttel des Ausbeutertums mobil zu machen sucht. Auch der »Kreuzzeitung« kann natürlich nicht das Recht streitig gemacht werden, sich durch ihre verrückten Scharfmachereien so gut und so gründlich zu blamieren, wie sie es vermag; daß sie in dieser Beziehung außerordentlich leistungsfähig ist, hat ihre Auslassung gezeigt.

Letztere ist aber typisch für das Scharfmacher- und Ausbeutertum überhaupt. Natürlich wird sich die Arbeiterschaft dadurch von ihrem Wege in keiner Weise abdrängen lassen. Konsequent wird sie ihr Ziel verfolgen, dem sie durch die Verwirklichung der Beschlüsse des Genossenschaftstages und des Gewerkschaftskongresses wieder ein gutes Stück näher kommen wird. *Alles durch die Arbeiter für die Arbeiter!* Dieser Leitsatz, der in der Volksfürsorge abermals klar zum Ausdruck gelangen soll, ist die feste Bürgschaft für die einstmalige Erreichung unseres Ziels.

Rundschau.

Das Schutzverbandsbureau als Streikbrecherbureau. Daß der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer eifrig bemüht ist, für die Geraer »vertragstreuen« Firmen Streikbrecher zu vermitteln, war hinlänglich bekannt; daß aber das Schutzverbandsbureau direkt zu einem Streikbrecherbureau herabsinken könnte, hatten wir bisher nicht erwartet. Jene Leute, die sich den Anstrich des friedlichen Maklers geben, können eben nicht aus ihrer Haut heraus; sie sind die Diener des Kapitals und dabei kommt es auf eine Handvoll mehr oder weniger nicht an; der Zweck heiligt auch hier die Mittel. Von dem Kuhhandel mit den Frankfurter Gelben bis zur Werbung von Streikbrechern ist ja nur ein Schritt. Trotzdem für Gera immer nur noch der »Eine« gesucht wird, werden fortgesetzt Leute auf das Schutzverbandsbureau bestellt. Wer diesem Rufe nicht folgt, für den wird dann der »Bureauchef« des Schutzverbandes zu Botengängen benützt. Er muß denjenigen bearbeiten, der für »hohen Lohn« und für später versprochene »Gratifikation« als Streikbrecher geworben werden soll. Der bedauernswerte Bote geht so von Haus zu Haus und klopft mit dem Hute in der Hand an des Steindruckers Klause, um ihn zum Verrat an seinen kämpfenden Kollegen zu überreden. Wir gratulieren dem Schutzverband und seinem Angestellten zu dieser neuen Tätigkeit.

Wie die Schutzverbandsunternehmer als Werber für die Gelben tätig sind, beweist wieder einmal ein Brief, den ein Nürnberger Verwaltungsmitglied der Frankfurter Unterstützungsvereinigung unterm 1. August an einen Steindrucker schrieb. Das Schreiben lautet: »Werter Herr Kollege! *Nach Mitteilung der Firma Schimpf hatten Sie sich bereit erklärt, Mitglied des Unterstützungsvereins »Senefelder« bleiben zu wollen.* Ich ersuche Sie daher freundlichst mit Ihrem Mitgliedsbuch mich besuchen zu wollen, wenn Sie dasselbe noch nicht in Händen haben *bekommen Sie dieses im Comptoir.* Anzutreffen bin ich Donnerstag, Freitag und Samstag nach 5 Uhr, ebenfalls Sonntag früh. Mit koll. Gruß Og. Bär, Wurzelbauerstr. 6 I.« Das Schreiben redet deutlich. Der in Frage stehende Steindrucker, ein Mitglied der Unterstützungsvereinigung, hatte sich auf sein besseres Ich besonnen und seinen Austritt erklärt. Sofort machte die Ortsverwaltung der Unterstützungsvereinigung den Unternehmer, bei dem er beschäftigt war, gegen ihn mobil. Die Firma, deren Alleininhaber bekanntlich der Schutzverbands-Kreisvertreter Richter ist, setzte ihm mit allen Mitteln, die Unternehmer oder Unternehmervertreter in solchen Fällen anzuwenden belieben, zu, anscheinend mit einem vorläufigen Erfolg, von dem sofort die getreuen Fridoline in der Ortsverwaltung der Unterstützungsvereinigung benachrichtigt wurden. Und nach der energischen Vorarbeit der Firma schicken sich diese dann an, das verlorene Schäflein endgültig zurückzugewinnen, wobei zur Vermittlung der Aushändigung des Mitgliedsbuches ganz selbstverständlich das »Comptoir« der Schutzverbandsfirma dient. Angesichts dieses bezeichnenden Vorkommnisses, das klar und deutlich zeigt, wie die Leiter der Unterstützungsvereinigung mit dem schutzverbändlerischen Unternehmertum unter einer Decke stecken, berührt es fast komisch, daß sich manche Unterstützungsvereinler mit Händen und Füßen dagegen wehren, als »Gelbe« bezeichnet zu werden. Sie haben sich, wie das Beispiel zeigt, diese Bezeichnung aber redlich verdient.

Eine Papierverteuerung dürfte nach Mitteilungen der Fachpresse eintreten. Die anhaltende Trockenheit hat zur Befestigung des Holzstoffmarktes wesentlich beigetragen, das Angebot ist knapper geworden und die Preise haben angezogen. Diese Preissteigerungen dürften bis zum Herbste fortdauern, weil in Skandinavien infolge der großen Arbeiteraussperrung zahlreiche große Holzschliffabriken stillstehen und dadurch die Ausfuhr nach Deutschland beeinflußt wird. Für die Papierfabrikanten ist diese Verteuerung des wichtigsten Halbstoffes Veranlassung, schon jetzt die Preise für holzhaltige Druckpapiere zu erhöhen. So wurden die

Preise für mittelfeine Druckpapiere zunächst um 1 Pf. pro Kilo erhöht, auch für weiße und farbige Prospektpapiere erfolgten kleinere Preiserhöhungen. Zum Herbst wird mit einer Preiserhöhung für Rotations- und Schnellpressendruckpapiere gerechnet. Bei holzschliffreien Papieren mußten infolge der Ueberfüllung des Marktes mit Stapelware die Preise erheblich nachgeben. Kunstdruckpapiere, Kartons, und Autotypiepapiere hingegen sind gesucht, besonders auch vom Exportgroßhandel.

Das „Ende unserer Industrie." Dem deutschen Volke steht Furchtbares bevor: ein kapitalistisches Organ, der »Deutsche Bürger«, droht ihm den Streik der Unternehmer an. Auf das Bismarcksche Wort gestützt: »So lange nur die Arbeiter streiken, ist es nicht so schlimm. Schlimm wird es erst, wenn einmal die Arbeitgeber streiken«, deutet das Blatt drohend mit dem Finger auf die kommende schreckliche, unternehmerlose Zeit hin; denn die Unternehmer seien es nun endlich müde, die staatliche Vielregiererei noch länger zu ertragen und sich zum »Versuchskaninchen reglementswidriger Bureaukraten« herabzuwürdigen. Und nun erzählt uns der patriotische »Deutsche Bürger« von dem Widerstand französischer Unternehmer gegen die staatliche Arbeiterversicherung: »In Roanne teilte der Besitzer einer 250 Arbeiter beschäftigenden Spinnerei, Giraud, den Ortsbehörden mit, daß er seine Fabrik schließe, weil er sich dem Altersversorgungsgesetz nicht unterwerfen wolle. Die von dem Arbeitgeber geforderten Beiträge wären eine neue, unerträgliche Steuer. ‚Wir werden', so schreibt der Fabrikbesitzer dem Unterpräfekten, ‚unser Recht erkämpfen, die Frucht unserer Arbeit für uns zu behalten.' So kann auch bei uns schließlich eine an sich vielleicht nicht unberechtigte Maßnahme einmal dazu führen, daß die überlasteten Arbeitgeber zusammenbrechen, weil sie schon zu überlastet sind. Ein Streik der Arbeitgeber bedeutet aber das Ende unserer Industrie. Wo ist der Mann, der unseren Staatssozialisten und Regierungsbureaukraten, die den Bogen Industrie nur als Spielzeug betrachten und des Glaubens zu sein scheinen, daß er nie brechen könne, rechtzeitig ihr gefährliches Spiel legt?« Wenn der deutsche Bourgeois blechen muß, dann wird er revolutionär, dann begeistert er sich selbst für den offenen Widerstand gegen die Gesetzgebung und gegen die Staatsgewalt, dann stößt er wilde terroristische Drohungen gegen die »Regierungsbureaukraten« aus. Also, die Herren Bourgeois drohen dem Staat mit der Stillsetzung ihrer Fabriken. Nun wohl, der Staat wird dann mit Hilfe der Arbeiter unter Leitung des bisherigen kaufmännischen und technischen Personals die Arbeit fortsetzen. Und alle Welt wird nun die Ueberflüssigkeit der kapitalistischen Unternehmerschaft durch die Praxis des industriellen Lebens erwiesen sehen. Ein gefährliches Experiment, ihr Herren Bourgeois, ein Experiment, das nicht zum angedrohten »Ende der Industrie«, wohl aber zum Ende des kapitalistischen Unternehmertums führt!

Die Gelben und ihre „gesicherte Existenz". Wie die Chemnitzer »Volksstimme« berichtet, wurde nach 39jähriger Tätigkeit von der Firma Hecker & Sohn, A.-G. in Bernsbach, ein für »Treue in der Arbeit« dekorierter Arbeiter entlassen mit dem Bemerken, daß in seiner Abteilung einer zu viel sei und ihn das Los getroffen habe. Das Erstaunen des Mannes, der Mitglied des »Vaterländischen Vereins« ist, dessen Vorsitz der Direktor der obengenannten Firma führt, kann man sich vorstellen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Wäre der Mann statt im »Vaterländischen« in seiner Gewerkschaft Mitglied und hätte er für deren Ausbreitung mit gesorgt, dann könnte er jetzt die Solidarität seiner Mitarbeiter anrufen und könnte sich durch die Macht der Organisation seine Arbeitsstätte vermutlich erhalten; so aber steht er schutzlos da und muß sich damit begnügen, bei der nächsten Versammlung des »Vaterländischen« durch Einwurf eines Zettels in den Fragekasten die Frage: »Wie werden die Veteranen der Arbeit vom Kapitalismus behandelt?« durch den Herrn Vorsitzenden beantworten zu lassen.

Schwarze Listen machen schadenersatzpflichtig. Zu diesem Urteil ist das Oberlandesgericht zu Hamm jetzt in einer Klage gelangt, die der alte (freie) Bergarbeiterverband für zehn seiner Mitglieder gegen den Zechenverband durchführte. Letzterer hatte jene zehn Bergleute auf die Dauer von sechs Monaten von der Arbeit auf Verbandszechen ausgesperrt, indem er sie auf seine berühmte »schwarze Liste« setzte. Tatsächlich war es den also Gekennzeichneten auch während dieser Zeit unmöglich, in ihrem Berufe Arbeit zu erhalten. Der Bergarbeiterverband gewährte ihnen Rechtsschutz und sie klagten nun auf Schadenersatz. Das Landgericht Essen als erste Instanz erkannte zu Recht, daß der Zechenverband den Klägern den durch die Aussperrung entstandenen Schaden zu ersetzen habe, jedoch nur für die über sechs Wochen hinausgehende Zeit. Zwei Kläger wurden mit ihren Ansprüchen ganz abgewiesen. Gegen dies Urteil wandten sich beide Parteien. Die geschädigten Bergarbeiter verlangten vollen Ersatz des Schadens, während die Zechenherren ihre Befreiung von der Zahlungspflicht erhofften. Das angerufene Oberlandesgericht in Hamm bestätigte in der Hauptsache das erstinstanzliche Urteil, außerdem sprach es aber auch den beiden abgewiesenen Klägern Entschädigung zu, und zwar dem einen den vollen Schadenersatz, dem anderen solchen abzüglich der ersten sechs Aussperrungswochen. Diese Entscheidung ist nun endgültig. Der Zechenverband wird nun gut oder böse tief in die Tasche greifen müssen, um jenen Teil des durch ihn hervorgerufenen Schadens den Arbeitern zu decken. Durch dieses Eingreifen der Organisation ist der Zechenverband aber auch gezwungen worden, diese Maßregelungslisten wieder zu beseitigen. Schon das ist ein Erfolg des Bergarbeiterverbandes. Es wäre aber falsch, nun aus diesem Urteil die endgültige Abschaffung der berüchtigten »schwarzen Listen« im wirtschaftlichen Kampfe zu erhoffen. In den seltensten Fällen liegen die Maßregelungen so klar zutage und ist die Brotlosmachung so gründlich und nachweisbar, wie bei dem allmächtigen Zechenverband, so daß die Richter eine Verurteilung nicht umgehen können. Dann aber wirkt in vielen Berufen die geheime, nicht faßbare Feme der Unternehmer ebenso hart als jene offenbrutale der Grubenbarone. Das beste Hilfsmittel gegen solchen Unternehmerterrorismus bleibt auch hier eine kräftige Arbeiterorganisation, die dem Arbeiter auf jeden Fall den Rücken deckt, wenn er seine Rechte fordert.

Josef Israels, der Altmeister der holländischen Malerei und Künstler von Weltruf, ist am 13. August im hohen Patriarchenalter von 87 Jahren im Haag gestorben.

In der Metallindustrie scheint die Leitung des Metallindustriellenverbandes zu einer allgemeinen Aussperrung zu drängen, obgleich die am 5. August in Kraft getretenen Aussperrungen in Leipzig und in Thüringen bei weitem nicht den von der Unternehmerverbandsleitung angekündigten Umfang angenommen haben. Vorerst sollen auch in Dresden und Chemnitz am 23. August 60 Proz. der Arbeiter der in Frage kommenden Betriebe ausgesperrt werden, sofern bis dahin nicht in Leipzig unter Ausschaltung des Metallarbeiterverbandes zwischen den beteiligten Firmen und ihren Arbeitern Verhandlungen angebahnt sind und eine Einigung erzielt ist. Jeden Unternehmer in Leipzig, der dem Aussperrungsbeschluß noch nicht nachkam, will der Metallindustriellenverband zu einer Buße von — *50 Mk. pro Arbeiter und Tag heranziehen!* Wir möchten das Geschrei der Scharfmacher hören, wenn sich eine Arbeiterorganisation eines derartigen kaum glaublichen Terrors schuldig machte. Und dieses Volk verlangt Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaften zum Schutze der »Freiheit der Arbeit«! Diese Terroristen wollen in ihrem gemeingefährlichen, volksfeindlichen Wüten mit Hilfe der Gesetzgebung in Zukunft noch weniger als bisher behindert sein, obwohl sie sich auch bis jetzt keinerlei Zwang in der Betätigung brutalster Rücksichtslosigkeit und frechster Unverschämtheit auferlegten. Jeder Gewerkschafter wird bei den nächsten Reichstagswahlen dazu beitragen müssen, daß die terroristische Gewaltherrschaft der kapitalistischen Scharfmacher nicht durch die weitere Knebelung der Arbeiterorganisationen noch schlimmere und gefährlichere Auswüchse zu treiben vermag.

Aus dem Auslande.

England. Obwohl der *Dockarbeiterkampf in London,* von dem in der vorigen Nummer berichtet wurde, inzwischen auf dem Wege der Verhandlungen mit einem respektablen Erfolge der Arbeiter beigelegt wurde, ist die Lage des Londoner Arbeitsmarktes noch völlig ungewiß, da die Kämpfe in anderen Städten, besonders in Liverpool, nicht ohne Rückwirkung auf London blieben. In Liverpool wurde eine Aussperrung der Dockarbeiter mit der Proklamierung des Generalstreiks aller Transportarbeiter der Stadt und der Umgebung beantwortet. Die Proklamation wurde allgemein befolgt. Infolge des ungeschickten Einmischens der Polizei und der Kommandierung von Militär in das Ausstandsgebiet stieg die Erbitterung der Arbeiter derartig, daß es zu schweren Straßenkämpfen kam. Das parteiische Verhalten der Behörden und die Haltung des Unternehmertums zwang am 17. August das Streikkomitee, durch 2000 Telegramme an die Sekretäre der Ortsgruppen des Verbandes den *Generalstreik der Eisenbahner* zu proklamieren: »Eure Freiheit steht auf dem Spiel. Alle Eisenbahner müssen sofort die Arbeit niederlegen. Die Treue jedes einzelnen bedeutet den Sieg für alle.« Auf Grund einer Erklärung des Ministers Lloyd George, durch die die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen und zur größten Beschleunigung der letzteren ausdrückte, gelang es jedoch, vorläufig noch einen Waffenstillstand von 24 Stunden abzuschließen. Dieser ist inzwischen ergebnislos abgelaufen und der Generalstreik hat auf der ganzen Linie begonnen. Die Zahl der Streikenden wird auf 250000 geschätzt. Die englischen Eisenbahnen befinden sich in Privathänden. Die Verwaltungen weigern sich, mit den Führern der Arbeiter zu verhandeln. Dieser bornierte Scharfmacherdünkel ist schuld daran, wenn der Kampf dem ganzen Lande schwere Wunden schlägt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dem Generalstreik der Eisenbahner in den nächsten Tagen der Generalstreik sämtlicher Transportarbeiter folgt. Die Folgen sind unübersehbar. — Am Dienstag meldeten die Tageszeitungen, daß der Generalstreik durch ein in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag getroffenes Uebereinkommen zwischen den Arbeitervertretern und den Vertretern der Gesellschaften mit einem Erfolge der Arbeiter beendet sein soll. Die Wiederaufnahme der Arbeit vollziehe sich aber nicht so glatt, wie erwartet wurde.

Norwegen. Die *Massenaussperrung,* von deren Beginn in Nr. 30 berichtet wurde, dauert fort. Die ersten auf Anregung der Regierung geführten Vergleichsverhandlungen wurden am 21. Juli ohne Ergebnis abgebrochen. Inzwischen haben jedoch weitere Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien begonnen, die aber sehr langsam vorwärts schreiten. Vorerst kann also noch keineswegs auf eine endgültige Beilegung des Kampfes gerechnet werden. Das internationale Kapital, das hinter der ganzen Sache steht, will den Kampf offenbar nicht so bald verloren geben, während andererseits die Arbeiterschaft sich auf keinen Fall niedertreten lassen will und auch stark genug ist, im Kampfe zu verharren, so lange es sein muß, um ihn zu einem annehmbaren Abschluß zu bringen. Die Bewegung steht für die Arbeiter auch dadurch günstig, weil viele Kommunen, namentlich solche, in denen die Sozialdemokratie stark vertreten ist, bestrebt sind, das Los der Ausgesperrten zu mildern. In Kristiania werden den Ausgesperrten von der kommunalen Volksküche warme Speisen zu dem billigen Preise von 10 und 15 Oere geliefert, und außerdem hat man beschlossen, die Gratisspeisung der Schulkinder, die sonst erst im Winterhalbjahr beginnt, gleich nach Schluß der Sommerferien beginnen zu lassen. Die Stadt Drammen hat 20000 Kronen für die Beschäftigung der Ausgesperrten zur Verfügung gestellt. Es werden dort sofort Kanalisations- und Straßenbauarbeiten in Angriff genommen, die auf 15000 Kronen berechnet sind, und die übrigen 5000 Kronen sind für Steinklopfarbeiten bestimmt, wobei die Löhne so hoch angesetzt werden sollen, daß auch die in diesem Fache ungeübten Arbeiter einigermaßen dabei zurechtkommen können. Die von der Aussperrung verschont gebliebenen und nicht streikenden Arbeiter zahlen willig die Extrabeiträge, die zur Führung des Kampfes notwendig sind, und auch die Beteiligung an den freiwilligen Sammlungen ist so stark, daß es vorläufig nicht an Unterstützungsmitteln mangelt und selbst die unorganisierten Ausgesperrten ihr Teil an Unterstützung in barem Gelde oder Naturalien erhalten können. Ein nicht geringer Teil der Ausgesperrten hat auf dem Lande bei den Bauern oder sonstwie Arbeit und Verdienst gefunden.

Schweiz. *(Die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910.)* Nach dem vom Komitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlichten Jahresbericht hat die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910 einen Rückgang nicht verhindern können. Nachwirkungen der Wirtschaftskrise in Gewerbe und Industrie, verlorene Kämpfe der Brauer, Bau- und Metallarbeiter usw., Terrorismus der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter sind die Ursachen der unbefriedigenden Resultate des verflossenen Jahres. Sämtliche 20 Verbände, die dem Gewerkschaftsbund angehören, zählen 63833 Mitglieder, wovon 58820 männliche und 5043 weibliche, gegen 66184, wovon 62099 männliche und 4075 weibliche, im Jahre 1909. Demnach ist ein Rückgang der Gewerkschaftsmitglieder im Jahre 1910 um 2311 oder 3,5 Proz. eingetreten, an dem aber nur acht Verbände beteiligt waren, während die anderen 12 Verbände einen weiteren Mitgliederzuwachs erfahren haben. Da sich aber im Berichtsjahre der Lokomotivheizerverband mit 2110 Mitgliedern dem Gewerkschaftsbund angeschlossen hat, so würde ohne diesen Anschluß der Mitgliederrückgang rund 4000 betragen. Die Einnahmen der Verbände betrugen 1815283 Fr. (1909: 1459816 Fr.), die Ausgaben 1629251 Fr. (1163503 Fr.) wovon 530000 Fr. für die verschiedenen Unterstützungszwecke, 555099 Fr. für Streiks, Gemaßregelte und Aussperrungen, 143941 für die Verbandsorgane, 233829 Fr. für die Verwaltung, 68560 Fr. für die Agitation und Delegation ausgegeben wurden. Die Kasse des Gewerkschaftsbundes vereinnahmte 43423 Fr. und verausgabte 39259 Fr., das Vermögen vermehrte sich um 2577,64 Fr. auf 12332,63 Fr. Im Berichtsjahre waren 326 wirtschaftliche Kämpfe mit 36184 Beteiligten in 2488 Betrieben an 398 Orten zu verzeichnen. Organisiert waren von den Beteiligten 19515 Arbeiter und 275 Arbeiterinnen, zusammen 19780. Von den Kämpfen waren 247 mit 28972 Beteiligten Lohnbewegungen, 78 mit 5796 Beteiligten Streiks und 11 mit 1655 Beteiligten Aussperrungen. Errungen wurden insgesamt 907192 Stunden jährliche Arbeitszeitverkürzung für 7395 Arbeiter in 1148 Betrieben und 1723800 Fr. jährliche Lohnerhöhung für 16748 Arbeiter in 1517 Betrieben. In 105 Fällen mit 11318 Beteiligten in 1445 Betrieben wurden Tarifverträge abgeschlossen. Das sind angesichts der großen Schwierigkeiten, mit denen die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz zu kämpfen hat, ganz schätzenswerte Erfolge.

Politische Monatsschau.

Berlin, den 19. August 1911.

Marokko und der Völkerfriede. Der Tanz auf dem Vulkan. Die schwarze Zentrumsparade in Mainz. Reichstagsersatzwahl in Konstanz. Das belgische Beispiel.

Die Katzbalgerei der deutschen und der französischen Diplomatie um Marokko ist immer noch nicht zu Ende. Das Proletariat beider Länder könnte dieser Zänkerei mit vollster Gleichgültigkeit begegnen, wenn nicht der Chauvinismus diesseits und jenseits des Wasgenwaldes mit allen Mitteln zu

einem blutigen Austrag drängen würde, dessen Kosten an Gut und Blut natürlich einzig und allein das arbeitende Volk zu tragen hätte. Daher hat dieses alle Veranlassung, den frivolen und gewissenlosen Kriegstreibern durch gewaltige Massenkundgebungen für den Frieden das gefährliche Handwerk zu legen. Dazu wird das deutsche Volk durch einen flammenden Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes aufgefordert, aus dem folgendes herausgehoben sei: »Die Marokko-Affäre hält seit Wochen Europa in Erregung. Der von Frankreich und Spanien unter Bruch der Algecirasakte unternommene Versuch, Teile Marokkos unter ihren militärischen und politischen Einfluß zu bringen, kam unseren alldeutschen Kriegshetzern sehr gelegen. Seit Jahren, besonders aber seit der Landung Wilhelms II. in Tanger, verlangten sie zur Förderung ihrer kapitalistischen Ausplünderungsgelüste eine Aufteilung Marokkos. Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem marokkanischen Hafen Agadir, angeblich um die Interessen Deutschlands in jenen Gegenden zu schützen, fand in den Kreisen der Prozentpatrioten und ihrer Söldlinge jubelnde Zustimmung. Glaubte man doch, seinem Ziele näher gekommen zu sein. Zugleich erschien der dadurch geschaffene Konflikt geeignet, die Massen von der trostlosen Situation in der inneren Politik Deutschlands abzulenken. Die sozialdemokratische Presse hat gegen die frivole Politik nachdrücklichst Einspruch erhoben. In zahlreichen Massenversammlungen hat die Arbeiterklasse Anfang Juli gegen das Marokko-Abenteuer protestiert und durch imposante Massendemonstrationen in Berlin und Paris haben die deutschen und französischen Arbeiter ihre Solidarität bekundet und erklären lassen, daß sie sich nicht wie willenlose Hammelherden auf die Schlachtbank treiben lassen, sondern bereit sind, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Frieden zu sichern. In ähnlichem Sinne haben sich die Arbeitervertreter im englischen Parlament erklärt. Noch ist nicht bekannt, zu welchen Ergebnissen der bisherige Diplomatenschacher führt. Das dringende Verlangen des Volkes nach Aufklärung hat der deutsche Absolutismus souverän mißachtet. Nun scheint die das Licht des Tages scheuende Schachermacherei eine neue Wendung genommen zu haben. Konservative und nationalliberale Kolonialinteressenten und deren Hintermänner, die einflußreichen Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten, die Armeelieferanten und Börsenfürsten, denen bei einem Kriege Riesenprofite winken, toben wegen eines ‚schmachvollen Olmütz der deutschen Diplomatie' und erheben ein wütendes Kriegsgeheul! Diesem verbrecherischen Treiben gilt es Einhalt zu gebieten! Gegen den Gedanken, wegen der Marokkohändel einen völkermörderischen Weltkrieg zu entfachen, muß machtvoll Protest erhoben werden. . . . Die deutsche Sozialdemokratie fordert, daß endlich der Deutsche Reichstag einberufen wird, damit die Volksvertretung Gelegenheit hat, bei dieser, die vitalsten Interessen des Volkes berührenden Frage entscheidend mitzuwirken. Es ist notwendig, daß das Volk in Massenversammlungen diese Forderung selbst erhebt. Gegen den Willen der breiten Volksmassen ist heute kein Krieg mehr möglich. Deshalb: Auf gegen das Marokkoabenteuer! Nieder mit den Kriegshetzern!« In derselben entschlossenen Weise wie das deutsche protestiert auch das französische Volk gegen die Kriegshetzerei. Die Arbeiterklasse beider Länder wird den Völkerfrieden unter allen Umständen zu wahren suchen.

Gerade das deutsche Reich hätte alle Veranlassung, gegenwärtig allen ernsten Erschütterungen aus dem Wege zu gehen. Auf allen Gebieten macht sich eine weitere starke Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel — erinnert sei nur an Milch, Zucker, Kartoffeln usw. — bemerkbar, die voraussichtlich noch größeren Umfang annehmen wird, sobald sich die Folgen der langandauernden großen Hitze erst richtig bemerkbar machen werden. Die Kriegshetzer sollten sich doch darüber klar sein, wie gefährlich es schließlich für sie selber werden kann, durch einen vom Zaune gebrochenen Krieg den Druck, der auf dem Volke lastet, bis zur Unerträglichkeit zu steigern. Die deutsche Arbeiterschaft ist bereits durch die Reichsfinanzreform und alle anderen an der Teurung schuldigen Sünden der besitzenden und herrschenden Klassen auf eine derart schwere Geduldsprobe gestellt worden, daß letztere eine weitere Belastung kaum vertragen dürfte. Das sollte man auf keinen Fall vergessen.

Man sollte es sich abgewöhnen, das deutsche Proletariat nach der proletarischen Zentrumsherde zu beurteilen, die sich alljährlich würdelos als Staffage bei der von der politischen Zentrumspartei veranstalteten, als *deutscher Katholikentag* bezeichneten Komödie benutzen läßt. Mit diesem Häuflein politisch Blinder hat die deutsche Arbeiterklasse nichts gemein. Wie folgsam sich jene geduldigen Schäflein am Gängelbande führen lassen, beweist die Tatsache, daß alle bei der diesjährigen Zentrumsparade in Mainz gehaltenen Reden schon gedruckt vorlagen, bevor sie noch dem Gehege der Zähne entschlüpften, *und zwar bereits mit allen Einschaltungen über ihre Aufnahme, wie »Beifall«, »stürmischer Beifall«* usw. Die »Edelsten und Besten der Nation«, unter ihnen der Katholikentagsvorsitzende Graf Galen, gaben in Mainz den Ton an und die Zuhörerherde folgte jedem Wink, um an den schon vorher bestimmten Stellen der Reden den geforderten »Beifall« oder »stürmischen Beifall« auch programmgemäß zu spenden. Wenn bei den früheren Zentrumskonzerten mancher Trompeter seine Töne auch gegen Regierung und Junkertum erschallen ließ, so sind an seine Stelle in diesem Jahre Flöten und Schalmeien getreten, um die Zeit der gottgewollten Abhängigkeit durch keinerlei Mißton zu stören. Um so mehr aber hat man Fanfaren und Posaunen aufgeboten, um die Lehre der Sozialdemokraten mit übernatürlicher Lungenkraft totzublasen. Seitdem der Proletarier seine eigene Macht schätzen gelernt hat und selbst in die Schranken getreten ist, wird vom Zentrum ein »Prinzip« nach dem anderen geopfert, nur um den Siegeszug der Arbeiterbewegung aufzuhalten. Besonders müßte der Umstand, daß die Gedächtnisrede auf den Verfechter des Maximalarbeitstages, Bischof Ketteler, vom Freiherrn von Hertling gehalten wurde, unseren katholischen Volksgenossen zu denken geben. Gerade Hertling war es, der sich gegen den Maximalarbeitstag aussprach und im Zentrum allgemein als Förderer der agrarischen Interessen gilt. Reichstagsabgeordneter Trimborn »stellte fest«, daß die Sozialdemokratie allmächtig geworden wäre, wenn ihr das Zentrum nicht die christlich-nationale Arbeiterbewegung hätte entgegenstellen können. Er hätte dabei auch gleichzeitig feststellen können, daß die Zentrumspartei jahrzehntelang im Reichstag allmächtig gewesen ist und trotz dieser Allmacht durch Annahme des Zolltarifes und der Finanzreform dafür gesorgt hat, daß der Geldbeutel der Arbeiter immer herhalten muß, um dem Staate das kostspielige Wettrüsten zu Wasser und zu Lande überhaupt zu ermöglichen. Wo wäre in Deutschland die Sozialpolitik, wenn die Sozialdemokratie nicht fortgesetzt als treibender Keil für die Interessen der Arbeiter eintreten würde? Wie sieht es mit der Sozialpolitik in denjenigen Gemeinden aus, wo keine sozialdemokratischen Vertreter vorhanden sind? Wie hat sich auf der andern Seite gerade das Zentrum bei der Reichsfinanzreform und bei der Reichsversicherungsordnung an den Volksinteressen versündigt? Die klarsehende, nicht mit politischer Blindheit geschlagene Arbeiterschaft wird sich über den wahren Sachverhalt auch nicht durch das Mainzer Schaugepränge hinwegtäuschen lassen.

Davon wird das Zentrum vielleicht schon in nächster Zeit wieder eine Probe zu kosten bekommen, da noch vor Beginn der Herbstsession des Reichstages die Ersatzwahl für den Zentrumsabgeordneten Kirsch in Düsseldorf, die an dieser Stelle bereits angekündigt wurde, stattfinden wird. Durch den Tod des Zentrumsabgeordneten Hug wurde inzwischen auch der badische Wahlkreis Konstanz-Ueberlingen frei, so daß sich auch in diesem noch vor den nächsten allgemeinen Wahlen eine Ersatzwahl nötig macht. Der Kreis gehört trotz der langen Zentrumsvertretung nicht zum absolut sicheren Zentrumsbesitz. Bis 1890 war er liberal oder demokratisch vertreten, und Hug wurde meist auch nur in der Stichwahl gegen den Nationalliberalen gewählt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage das Mandat dem Zentrum abgenommen werden kann. 1907 erhielt der Verstorbene 14327 Stimmen, denen 8696 nationalliberale und 2565 sozialdemokratische Stimmen gegenüberstanden. Schließlich kann auch dieser Zentrumsturm, wie früher bereits der Wahlkreis Lindau-Immenstadt, ins Wackeln geraten und zusammenbrechen, noch bevor das große allgemeine Aufräumen beginnt.

Wie in Deutschland, so hat man auch in andern Ländern die klerikale Herrschaft satt, die nur auf die Niederhaltung des Volkes in Rechtlosigkeit und Dummheit gerichtet ist. So haben am 13. August dreimalhunderttausend belgische Sozialisten und Liberale in vollster Ordnung in den Straßen Brüssels sechs Stunden lang demonstriert, um sich zum Schluß eidlich für das allgemeine Wahlrecht und die allgemeine Schulpflicht zu erklären. Vom deutschen Standpunkt muß es besonders auffallen, daß sich die Demonstration fast gänzlich ohne Polizei abspielen konnte. Auch in Belgien hat vorläufig noch ein reaktionäres Kabinett die Leitung in der Hand. Es hatte auch einige Truppen konsigniert und die Polizei für etwaige Komplikationen bereit gestellt. Aber Militär und Polizei blieben im Hintergrunde; sie haben Ruhe und Ordnung in keiner Weise gestört. Das sollte sich der Berliner Polizeipräsident merken, der bis jetzt seine vornehmste Aufgabe darin zu erblicken scheint, das Volk bei jeder Gelegenheit zu provozieren, wie es jetzt wieder durch seinen Erlaß an die Schutzmannschaft, auf keinen Fall *zu spät* zu schießen, geschehen ist. Trotz dieses menschenfreundlichen Schießerlasses wird die deutsche Arbeiterschaft unverzagt dafür arbeiten, daß es auch in Preußen-Deutschland einmal zu tagen beginnt.

Von der Kampfestaktik des Unternehmertums.

III.

Anknüpfend an die beiden voraufgegangenen Artikel möchten wir die Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsführern und den Mitgliedermassen und die Frage, wie das Verhältnis zu bessern sei, den Lesern der »Graph. Presse« ins Gedächtnis rufen. Bekanntlich war die Debatte, die in der Partei- und Gewerkschaftspresse ausgefochten wurde, hervorgerufen worden durch schwere Konflikte zwischen Gewerkschaftsbeamten und Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes. Es hieß, die Führer arbeiteten zu selbstherrlich, sie wirkten nicht im Sinne der Mitgliedschaften; der Einfluß der Massen auf die Führer sei zu gering, es müsse daher ein Mittel gesucht werden, ihn zu stärken. Zu diesem Behufe machte der bekannte Gewerkschafter *von Elm* den Vorschlag, durch Inpermanenzerklärung der Generalversammlungen der Gewerkschaften oder eine ähnliche Einführung eine *dauernde Vertreterkörperschaft der Mitgliedermassen* zu schaffen. Diese Körperschaft sei stets zusammenzuberufen, wenn wichtige Fragen zu lösen sind; insbesondere soll sie über Krieg und Frieden das entscheidende Wort zu sprechen haben. Ein Artikel von Elm's, der in knapper Form die Ansichten dieses Genossen darlegte, gelangte seinerzeit in der »Graphischen Presse« zum Abdruck.

Es ist wahrscheinlich, daß die Debatte im Anschluß an den Konflikt im Berliner Buchdruckgewerbe, dessen Verlauf wohl durch die Tagespresse zur Kenntnis der Allgemeinheit gelangt ist, neu aufflammt. Jedenfalls führen die erwähnten Vorgänge der Diskussion genügend neue Nahrung zu.

Den entstandenen Konflikt zu lösen ist allein Aufgabe der Buchdrucker; er dürfte auch längst erledigt sein, wenn diese Zeilen erscheinen. Für die Allgemeinheit der Gewerkschaftsbewegung erwächst jedoch aus den unangenehmen Vorgängen die Frage, *ob die Disziplin oder die Solidarität höher zu bewerten ist,* ob schweigender Gehorsam und straffste Disziplin auch gegenüber einem Beschluß der Verbandsinstanzen zu wahren sind, der das Solidaritätsgefühl der Mitglieder verletzt. Einen solchen Beschluß hatte das Tarifamt der deutschen Buchdrucker gefaßt. Das ist etwas, was vermieden werden muß, sollen nicht Zweifel und Unsicherheit in die Arbeiterschaft getragen werden, soll das Vertrauen zu den Führern nicht vollends untergraben werden. Die Solidarität ist wohl die erste und ursprünglichste Voraussetzung für *jeden* gewerkschaftlichen Erfolg. Faßt eine Körperschaft von so großem Einfluß wie das Tarifamt eines wichtigen und umfangreichen Gewerbes Beschlüsse, die dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter ins Gesicht schlagen, so muß das schließlich zur Revolution in der Gewerkschaft oder — im schlimmeren Falle — zur sukzessiven Vernichtung der Solidarität führen. Darunter würde die Arbeiterschaft und ihre Organisation schwer leiden. Die Arbeiterschaft muß daher dafür sorgen, daß die schiedsgerichtlichen, verwaltenden und führenden Instanzen der Gewerkschaften sich bei ihren Beratungen von dem Gedanken leiten lassen, daß die Durchführung ihrer Beschlüsse seitens der Mitglieder jederzeit möglich sein muß ohne Verletzung des Solidaritätsgefühls.

Ist diese erste Voraussetzung gegeben, *dann ist allerdings straffe Disziplin der Mitglieder die weitere Voraussetzung für den gewerkschaftlichen Erfolg.* In einer Zeit wie der gegenwärtigen, wo große und machtvolle Unternehmerorganisationen förmlich darauf lauern, die Gewerkschaften unvorbereitet in einen großen Kampf hineintreiben zu können, muß ein Vorfall, wie er sich im Berliner Buchdruckgewerbe ereignete, in vielen anderen Gewerben von den unheilvollsten Folgen sein.

Im Verlauf der erwähnten Auseinandersetzung über Massen und Führer ist allerdings von gewisser Seite gesagt worden, die gewerkschaftliche Disziplin, also die Unterordnung des Einzelnen oder kleinerer Gruppen von Mitgliedern unter den Willen der Gesamtheit, der in den Weisungen der Zentralleitungen zum Ausdruck gelangt, sei so etwas wie ein *überwundener Standpunkt.* Die Massen, so sagte man, seien reif, ihre Angelegenheiten selbst zu führen, in jedem Stadium des Kampfes selbst über alle Schritte ihrer Organisation zu beschließen. Ohne uns direkt mit dieser Auffassung auseinandersetzen zu wollen, werden wir in folgendem versuchen, aus den Ausführungen im ersten und zweiten Artikel Fingerzeige zu gewinnen, die bei der Beantwortung der Frage nach der Notwendigkeit straffer gewerkschaftlicher Disziplin von Nutzen sein können.

Unsere Ausführungen in den ersten beiden Artikeln zeigen an einigen Beispielen die *Kompliziertheit der Probleme,* die der kämpfenden Arbeiterschaft heute gestellt sind. Soll ein Schritt auf dem Wege zu besseren Arbeitsbedingungen vorwärts getan werden, dann müssen ihm ernste Erwägungen über die dabei zu beachtende Taktik voraufgehen. Es kann von vielen Umständen abhängen, welche Taktik den Sieg verbürgt. Wie vielgestaltig diese Umstände sein können, sehen wir oben. Und die Lagerung der Verhältnisse ist nicht immer die gleiche, sie kann sich täglich verschieben. Will man auf Grund der Beobachtungen des allgemeinen wirtschaftlichen Zustandes und der Lage des eigenen Berufes im besonderen die gewerkschaftliche Taktik bestimmen, dann muß man diese Dinge dauernd eingehend studieren. Daß dazu die große Masse der Arbeiter nicht in der Lage ist, liegt auf der Hand. Die Fragen, die im Gewerkschaftsleben täglich neu oder in veränderter Form auftauchen, sind nur mit Hilfe von täglich sich mehrendem, täglich neu erscheinendem Material an volkswirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhängen zu beantworten. Sie können daher nur gelöst werden von Personen, die diese Arbeit zu ihrer Lebensaufgabe gemacht haben.

Daraus ergibt sich zunächst die *Notwendigkeit der Gewerkschaftsbeamten.* Es ist daraus weiter zu folgern, daß bei der *Wahl der Beamten* und auch der nichtangestellten Vorstandsmitglieder heute mehr denn je *größte Vorsicht* zu üben ist. Den einmal mit den Aemtern betrauten Personen aber ist besonders in Zeiten des Kampfes weitestgehendes Vertrauen zu schenken, ihren Weisungen oder Ratschlägen ist unbedingt Folge zu leisten.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat die Tendenz, alle die Erscheinungen im Wirtschaftsleben zu verstärken, die, wie wir im ersten und zweiten Artikel sahen, die Gegensätze verschärfen: Die Kapitalkonzentration, das Wachstum der Unternehmerverbände, den Fortschritt der Technik, den Einfluß der Banken auf die Industrie usw. Das macht die Wirtschaftskämpfe immer schwieriger, umfang- und opferreicher. In einer kritischen Situation kann daher die Renitenz einer Mitgliedschaft oder eine lange, aufregende, die Massen unsicher machende öffentliche Diskussion über einen Schritt, der zu tun oder zu unterlassen ist, die unheilvollsten Folgen zeitigen. *Und diese aus der Disziplinlosigkeit erwachsenden Gefahren steigern sich in dem Maße, wie eben die Gegensätze sich verschärfen, wie Umfang und Tragweite der Wirtschaftskämpfe zunehmen.*

Daraus ergibt sich auch eine Steigerung der Verantwortung der Personen, die an der Spitze einer Gewerkschaft stehen. Aus diesem Grunde dürfte es gut sein, Elms Vorschlag zu folgen und den Kreis der Personen, die über Krieg und Frieden entscheiden, zu vergrößern. Es kann auch diesen Personen nur angenehm sein, wenn die immer schwieriger werdende Last der Verantwortung von einer größeren Körperschaft mitgetragen wird. Die Interessen der Massen und der Funktionäre berühren sich hier.

Das häufigere Zusammentreten der Delegierten der Ortsvereine vermag die Führer der Gewerkschaft genau über alle Vorkommnisse in den Orten zu unterrichten. Es unterrichtet aber auch die einzelnen Vertreter über die Lage in den anderen Orten des Gesamtberufes. Sie können darüber in ihren Orten berichten. Das weitet den Blick der Arbeiter und stärkt das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der Gesamtkollegenschaft; es unterbindet eine das Ganze schädigende Kirchturmspolitik, die bisher immer die Wurzel der Disziplinlosigkeit war. Es verstärkt die Einsicht, daß die Wünsche eines engeren Kreises zurückstehen müssen hinter den Interessen des Ganzen; es lehrt die Arbeiter begreifen, daß die Lage des Kampfes und die Aussichten des Sieges an einem Ort nicht maßgebend sein können für die Frage nach den Erfolgmöglichkeiten eines Riesenkampfes. Die so entstehende engere Fühlung und straffere Zusammenfassung der Massen ist notwendig und nützlich angesichts der stärker und stärker werdenden und mit allen Mitteln des Terrorismus arbeitenden Unternehmerverbände und des wachsenden Gegensatzes zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Und wir glauben, daß die Durchführung des Vorschlages von Elm's diese straffere Zusammenfassung und zugleich einen erhöhten Einfluß der Massen auf die Gewerkschaftspolitik zeitigen würde. Er ist daher aus zwei wichtigen Gründen zeitgemäß! *R. S., B.*

Kauf und Abzahlung.

Sowohl über die für den Kauf im Bürgerlichen Gesetzbuche vorgesehenen Bestimmungen, wie auch über die für das Abzahlungswesen im Reichsgesetz über die Abzahlungsgeschäfte in Betracht kommenden Paragraphen herrschen namentlich unter der Arbeiterschaft so große Unklarheiten, daß es sich lohnen dürfte, auf diese Materie etwas näher einzugehen. Das ist um so notwendiger, als sehr häufig bei herumziehenden Bücher-, Bilder-, Wäsche- usw. Reisenden leichtfertig Bestellungen gemacht werden, andererseits aber auch wieder infolge unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach auf Abzahlung gekauft werden muß.

Sehen wir uns nun zunächst einmal die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Kauf an. Das erste Erfordernis eines Kaufvertrages ist die Einigung der Parteien über den Kaufgegenstand und den Kaufpreis. Für den Abschluß des Kaufvertrages genügt mündliche Vereinbarung. Nur für Kaufverträge über Grundstücke, über das gegenwärtige Vermögen des Verkäufers, über das gesetzliche Erbteil oder den Pflichtteil unter künftigen gesetzlichen Erben, sowie für den Erbschaftskauf ist die gerichtliche oder notarielle Beurkundung vorgeschrieben. Die vielfach verbreitete, ganz irrtümliche Meinung, man könne innerhalb 24 Stunden oder drei Tagen von einem Kaufvertrage oder einer gemachten Bestellung zurücktreten, findet im Gesetz keine Unterlage. Ist die Lieferung zu einem bestimmten Termine vereinbart, so kann man, wenn der Lieferant in Verzug gerät, dann auch nicht ohne weiteres zurücktreten, sondern man muß dem Lieferanten zur endgültigen Lieferung eine entsprechende Nachfrist setzen mit dem Hinweis, daß, wenn bis zum Ablauf dieser Nachfrist die Bestellung nicht geliefert, dann von der Annahme abgesehen würde.

Durch den Kaufvertrag wird der Verkäufer einer Sache verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen. Der Käufer dagegen ist verpflichtet, dem Verkäufer den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und die gekaufte Sache abzunehmen. Der Verkäufer einer Sache haftet dem Käufer auch dafür, daß sie zu der Zeit, zu der die Gefahr auf den Käufer übergeht, nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder dem nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauche aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht. Der Verkäufer haftet auch dafür, daß die Sache zur Zeit des Ueberganges der Gefahr die zugesicherten Eigenschaften besitzt. Der Verkäufer hat einen Mangel der verkauften Sachen nicht zu vertreten, wenn der Käufer den Mangel bei dem Abschlusse des Kaufes kennt. Ferner ist die gesetzliche Haftung ausgeschlossen, wenn dem Käufer infolge grober Fahrlässigkeit der Fehler unbekannt geblieben ist, es sei denn, daß der Verkäufer den Fehler arglistig verschwiegen hat. Die Kenntnis oder die große Fahrlässigkeit hat der Verkäufer, das arglistige Verschweigen der Käufer zu beweisen.

Wegen eines Mangels, den der Verkäufer zu vertreten hat (§§ 459 und 460 B. G.-B.) kann der Käufer Rückgängigmachung des Kaufes (Wandelung) oder Herabsetzung des Kaufpreises (Minderung) verlangen. Fehlt der verkauften Sache zur Zeit des Kaufes eine zugesicherte Eigenschaft, so kann der Käufer statt der Wandelung oder der Minderung Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen. Das gleiche gilt, wenn der Verkäufer einen Fehler arglistig verschwiegen hat. Nimmt der Käufer eine mangelhafte Sache an, obschon er den Mangel kennt, so stehen ihm die vorstehend genannten Ansprüche nur zu, wenn er seine Rechte wegen des Mangels bei der Annahme vorbehält. Der Anspruch auf Wandelung oder Minderung, sowie der Anspruch auf Schadenersatz wegen Mangels einer zugesicherten Eigenschaft verjährt, sofern nicht der Verkäufer den Mangel arglistig verschwiegen hat, bei beweglichen Sachen in sechs Monaten von der Ablieferung, bei Grundstücken in einem Jahre von der Uebergabe an. Die Verjährungsfrist kann durch Vertrag verlängert werden. Beantragt der Käufer gerichtliche Beweisaufnahme zur Sicherung des Beweises, so wird die Verjährung unterbrochen. Bemerkt soll noch werden, daß bei arglistigem Verschweigen der Mängel und Fehler die dreißigjährige Verjährung Platz greift. Beim Verkauf von Vieh (Schweinen, Rindvieh, Schafen, Pferden usw.) sind in der Regel nur gewisse Hauptmängel zu vertreten. Diese und die hierfür gültigen Gewährfristen sind in einer Kaiserlichen Verordnung vom 27. März 1899 geregelt.

Im Anschluß an die den Kauf betreffenden Bestimmungen dürfte nun noch der § 1357 des B. G.-B. zu erörtern sein. Nach diesem Paragraphen ist die Frau berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. Der Mann kann allerdings dieses Recht der Frau gerichtlich beschränken oder ausschließen lassen. Die Beschränkung oder Ausschließung muß in das Güterrechtsregister des Amtsgerichts eingetragen werden. Die Frau kann sich hiergegen beschwerdeführend an das Amtsgericht wenden. In den häuslichen Wirkungskreis fallen nun alle regelmäßig für die Führung des gemeinschaftlichen Haushalts im gewöhnlichen Laufe der Dinge erforderlichen Geschäfte. Es gehört dahin z. B. auch die Beschaffung der Kleidungsstücke, die für die Frau und die gemeinschaftlichen, in der häuslichen Gemeinschaft lebenden minderjährigen Kinder erforderlich sind. Luxusgegenstände oder übermäßig teure Sachen darf die Frau aber nicht kaufen. Der Stand der Parteien ist hierbei auch zu berücksichtigen, wie aus folgendem Beispiel ersichtlich ist: »Die Firma F. & Co. in Halle a. S. ließ bis in der Gegend von Rostock durch einen ihrer Reisenden Wäschestücke verkaufen. Dabei wurden der Frau eines invaliden Zimmerers für 48,50 Mk. Sachen verkauft, und zwar: 1 Trikotbeinkleid zu 3,50 Mk., 3 Trikotbeinkleider zu je 7,50 Mk. = 26 Mk. und 3 Hemden zu je 7,50 Mk. = 22,50 Mk. Die gegen den Ehemann gerichtete Klage wies das Gericht mit dem Hinweis zurück, daß die Ehefrau zu einem derartigen Rechtsgeschäft keine gesetzliche Vertretungsvollmacht habe. Der Kauf der teuren Gegenstände falle nicht in den Rahmen ihres häuslichen Wirkungskreises. Namentlich die Stücke zu 7,50 Mk. seien teure Sachen, deren Preis außer allem Verhältnis zur Lebensführung des beklagten Ehemanns ständen.«

Ist schon die Ehefrau nicht berechtigt, auf Kosten des Mannes jedwede Anschaffung usw. zu machen, so sind die Minderjährigen hierin erst recht beschränkt. Schließt nämlich der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters ab, so hängt die Wirksamkeit nach § 108 des B. G.-B. von der Genehmigung des Vertreters ab. In Betracht können hier kommen vermögensrechtliche, familienrechtliche oder erbrechtliche Verträge. Der § 111 des B. G.-B. bestimmt dann noch, daß ein einseitiges Rechtsgeschäft, daß der Minderjährige ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters vornimmt, unwirksam ist. Würde ein Minderjähriger sich z. B. einen Anzug oder eine Uhr usw. auf Abzahlung kaufen, so haften die Eltern — wenn der Kauf ohne ihre Zustimmung erfolgt — hierfür nicht. Ermächtigt der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen. Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurückgenommen oder eingeschränkt werden. Durch die jederzeitige Zurücknahme wird dem Vertreter die Möglichkeit gewährt, den Minderjährigen gegen Gefahren zu schützen, welche sich aus dessen Unerfahrenheit ergeben.

Zum Schlusse soll nun noch kurz auf das Reichsgesetz über die *Abzahlungsgeschäfte* eingegangen werden. Dieses Gesetz umfaßt nur neun Paragraphen. Trotzdem herrscht über diese Materie noch große Unkenntnis. War schon beim Abschluß eines Kaufvertrages die Mahnung »Vorsicht« am Platze, so soll man beim Kauf auf Abzahlung mit Eigentumsvorbehalt noch vorsichtiger sein und genau darauf achten, was man unterschreibt, ebenso sich vorher gewissenhaft überlegen, ob man die vereinbarten Ratenzahlungen auch einhalten kann. Mindestens müßten die Arbeiter darauf bestehen, daß in die Verträge die Bestimmung mit aufgenommen würde, wonach während der Krankheit oder Arbeitslosigkeit die Ratenzahlungen ruhen. Hat nach dem § 1 des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte bei dem Verkauf einer dem Käufer übergebenen beweglichen Sache (Möbel usw.), deren Kaufpreis in Teilzahlungen berichtigt werden soll, der Verkäufer sich das Rücktrittsrecht vorbehalten, z. B. wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen von dem Vertrage zurückzutreten, so ist im Falle des Rücktritts jeder Teil verpflichtet, dem anderen Teil die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig. Im Falle des Rücktritts des Verkäufers darf der Käufer aber nicht annehmen, er würde nun den ganzen Betrag, den er an An- und Abzahlungen geleistet hat, zurückerhalten. In einem solchen Falle hat der Käufer dem Verkäufer nach § 2 zu leisten: »1. Ersatz der Aufwendungen, welche der Verkäufer auf Grund des Vertrages oder in Veranlassung desselben gemacht hat (z. B. Transportkosten der dem Käufer gelieferten Möbel); 2. Ersatz des Minderwerts der Sache, welcher in der Zeit ihres Gebrauchs oder ihrer Benutzung seitens des Käufers durch Beschädigungen eingetreten ist, insofern diese Beschädigungen durch ein Verschulden des Käufers oder durch einen sonstigen von ihm vertretenen Umstand verursacht sind; 3. Ersatz des Minderwerts der Sache, welcher durch den bloßen Ablauf der Zeit und die bloße Tatsache der erfolgten Benutzung eingetreten ist, soweit die Pflicht, diesen Minderwert zu ersetzen, nicht durch den Ersatz des unter Nr. 2 aufgeführten Minderwerts im einzelnen bereits gedeckt ist; 4. eine Vergütung für den dem Käufer gewährten Gebrauch oder die Benutzung der Sache.«

Nachdem der Verkäufer in dieser Weise im Falle des Rücktritts seine Rechnung aufgesetzt hat, darf der Käufer sicher damit rechnen, daß von seinen geleisteten Zahlungen nichts übrig bleibt, ja er mitunter noch etwas darauf zahlen soll. Ist unter den Parteien streitig, ob ein Schaden entstanden ist und wie hoch sich der Schaden oder ein zu ersetzendes Interesse beläuft, so entscheidet hierbei das Gericht unter Würdigung aller Umstände nach freier Ueberzeugung. Dadurch entstehen wiederum Kosten, die in der Regel der Käufer als der unterliegende Teil zu tragen hat. Deshalb ist nochmals äußerste Vorsicht bei »Kauf und Abzahlung« zu empfehlen. *g.*

Adressen-Aenderungen.

6. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler (siehe Gr. Pr. Nr. 16, 18, 21, 24, 28 und 30).

Aschersleben: Vors. Karl Boecke, Oberstraße 4. Kass. u. U.-A. Richard Lorenz, Ueber dem Wasser 23.

Dortmund: Ludw. Frechtling, Davidisstr. 10.

Frankfurt a. M.-Chemigr.: Vors. und Ausk.-Ert. Carl Hensel, Neu Isenburg b. Frankfurt a. M., Bahnhofstr. 97. — Kass. u. U.-A. Og. Andres, Heddernheim b. Frankfurt a. M., Augustastr. 34.

Freiburg i. Schl.: Max Lindner, Waldenburgerstraße 11.

Hof-Göhlenau, *Post Friedland, Bezirk Breslau:* Willy Barber, Nr. 78 bei Hoffmann (Dorf Göhlenau).

Kirchhain, N.-L.: Paul Raupach, Wilhelmstr. 49.

Metz: Aug. Jehle, Gerbergraben 28 II.

Nürnberg-Steindr.: Fritz Billmann, Ottstr. 5 II.

Schramberg i. Württbrg.: Kurt Springer, Burgstraße.

Amerika: Bernhardt Paul, *Buenos-Aires,* Argentina, Amerika al Sud, c/c. »Caras y Caretas«, Chacabuco.

Eingegangene Gelder.

Für das II. Quartal wurden noch folgende Beiträge an die Hauptkasse eingesandt:

Altenburg 74,28, Altona 200,—, Altwasser 2. Rate 440,17, Aschaffenburg 150,—, Aschersleben 2. Rate 446,11, Bielefeld 400,—, Brandenburg 3. Rate 603,87, Braunschweig 400,—, Breslau 2. Rate 600,—, Bunzlau 120,—, Burgstädt 250,—, Cassel 200,—, Chemnitz 400,—, Coblenz 2. Rate 200,—, Cöln 500,—, Coswig 200,—, Crimmitschau 2. Rate 550,—, Darmstadt 2. Rate 404,50, Dessau 357,35, Düsseldorf

2. Rate 785,55, Eilenburg 100,—, Elberfeld 862,70, Erfurt 2. Rate 405,01, Essen 2. Rate 150,—, Eßlingen 2. Rate 280,—, Frankfurt a. O. 2. Rate 200,—, Freiburg i. B. 350,—, Freiburg i. Schl. 300,69, Glauchau 108,—, Gleiwitz 2. Rate 52,08, Görlitz 214,97, Grimma 177,92, Gummersbach 70,75, Halberstadt 500,—, Halle 2. Rate 250,—, Hannover 2. Rate 500,—, Hechingen 125,56, Heilbronn 2. Rate 265,31, Herford 2. Rate 125,—, Hof-Göhlenau 338,65, Jena 200,68, Iserlohn 333,65, Itzehoe 35,—, Kattowitz 200,—, Kirchhain 233,05, Leipzig 15804,31, Lübeck 2. Rate 304,50, Lüdenscheid 254,38, Ludwigsburg 50,—, Magdeburg 600,—, Mannheim 263,14, Meiningen 60,—, Meißen 1000,—, Mügeln 902,48, Mülhausen 162,—, München I 1200,—, München II 2. Rate 2400,—, München III 914,02, M.-Gladbach 235,—, Niedersedlitz 2. Rate 500,—, Nürnberg I 3. Rate 813,37, Nürnberg II 2. Rate 613,47, Offenburg 260,—, Plauen 90,—, Posen 2. Rate 200,—, Reichenbach 2. Rate 150,—, Remscheid 145,17, Rheydt 2. Rate 727,15, Rudolstadt 187,32, Saalfeld 370,28, Schlettau 260,—, Schwerin 100,—, Selb 2. Rate 100,—, Solingen 440,—, Stettin 890,21, Stolberg 206,—, Straßburg 2. Rate 200,—, Stuttgart I 500,—, 2. Rate 1200,—, Trier 371,30, Würzburg 400,—, Wurzen 389,25, Zeitz 126,67, Zittau 674,80 und Zwickau 2. Rate 274,10 Mk.

Für das III. Quartal gingen ein: Bautzen 300,—, Bramsche 100,—, Danzig 200,—, Dresden 1500,—, Ludwigsburg 50,— und Stuttgart II 700,— Mk.

Die Mitgliedschaften welche bis heute weder Geld noch Abrechnung eingesandt haben, werden hierdurch an ihre Pflichten erinnert, da die Frist der Einsendung der Abrechnung längst verstrichen ist.

Berlin, den 19. August 1911.

Wilhelm Brall.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Unsere Lehrlingsabteilung im Jahre 1910.

Unsere Lehrlingsabteilung und auch ihr Organ, die »Graphische Jugend«, stehen nunmehr schon im vierten Jahre seit ihrer Gründung. Es dürfte deshalb nicht nur angebracht, sondern auch notwendig sein, auf beide einen Rückblick zu tun und auch Ausschau halten, was wir künftig zu tun gedenken.

Die in der »Graphischen Jugend« gegebene Fortbildung sowohl in beruflicher, als auch in technischer, wissenschaftlicher und sozialer Hinsicht dürfte die meisten unserer jungen Freunde zu weiterem Lerneifer angeregt haben. Hoffen wir, daß aber nicht nur das Lesen der »Graphischen Jugend« zu weiterem Lernen aneifert, sondern daß auch die erwachsenen Berufsangehörigen, vor allem die Gehilfenmitglieder unseres Verbandes, unseren jungen Freunden Lehrer und Berater in allen Berufsangelegenheiten sind und sie auch auf ihre späteren sozialen Aufgaben im wirtschaftlichen Kampfe vorbereiten. Wie wir mit Genugtuung konstatieren können, ist die »Graphische Jugend« durch ihren der Jugend streng angepaßten Inhalt ein bei unseren jungen Freunden gern gesehenes Blatt, und sie wird sich auch bestreben, dies weiter zu sein. Das wird ihr um so leichter gemacht werden, wenn unsere Freunde selbst sich mehr befleißigen, aus sich herauszugehen und an ihr mitzuarbeiten. Die Berichte der Jugendlichen selbst über die in den Mitgliedschaften abgehaltenen Vorträge, Lehrkurse, Ausflüge usw. bringen ein anschauliches Bild über deren Tätigkeit und regen die Lehrkollegen anderen Ortes zu gleicher oder ähnlicher Tätigkeit an.

Dies ist um so notwendiger, als die bürgerlichen Kreise aller Richtungen sich neuerdings mit Eifer um die Jugend bemühen, diese aber nicht durch Bereicherung der Naturerkenntnis, Einführung in die Geschichte und Wirtschaftslage aufklären, sondern nur für ihre Zwecke gefügig machen wollen. Ist es aber nicht selbstverständlich, daß der Nachwuchs der Arbeiterschaft vor allem dort weitergebildet werden kann, wo er seiner Existenz und seiner Erziehung nach hingehört? Und was hat der technische Mittelstand dem Arbeiter voraus? Er wird genau so ausgenutzt wie der Arbeiter. Darum kann sein Platz nur an der Seite der Arbeiter sein, und darum haben auch die Lehrlinge dieser Berufe Seite an Seite zu stehen mit berufsverwandten Arbeitern. Aber es ist noch viel Aufklärungsarbeit unsererseits zu leisten und es gibt noch eine große Anzahl von Lehrlingen der verschiedenen Zweige unseres Berufs zu organisieren. Wenn auch im Lithographie-, im Steindruck-, im Chemigraphie- und im Lichtdruck-Gewerbe die Mehrzahl der Lehrlinge organisiert ist, so ist aber insbesondere in der Photographie, bei den Zeichnern und im Formstechergewerbe noch ein großer Teil für unsere Ideen und als Mitkämpfer zu gewinnen. Dies sollte zur weiteren Agitationstätigkeit Anlaß geben, zumal unsere Gegner mit allen Mitteln versuchen, unseren Bestrebungen Einhalt zu tun.

Und nun mögen einige Zahlen von dem Stand unserer Lehrlingsabteilung Kenntnis geben. Am Ende des zweiten Jahres des Bestehens unserer Lehrlingsabteilung (am 1. März 1910) hatte diese einen Mitgliederbestand von 3698. Eingetreten sind von da ab bis zum 1. März 1911 insgesamt 981 Lehrlinge. Als Abgang sind in dieser Zeit zu verzeichnen: 4 unserer jungen Freunde wurden uns in ihren hoffnungsvollsten Jahren durch den Tod entrissen. 823 beendeten ihre Lehrzeit und traten sofort als Vollmitglieder in den Verband über, wobei ihnen namhafte Rechte gutgeschrieben werden konnten, die sie sich durch ihre Mitgliedschaft in der Lehrlingsabteilung erworben hatten. Ferner sind unter dem Abgang 921 sonstige Ausgeschiedene zu verzeichnen. Unter diesen befindet sich eine große Anzahl solcher, die vom Beruf abgegangen sind, weil sie seine mißliche Lage erkannt haben; bei den trostlosen Aussichten unseres Gewerbes kann man es ihnen gewiß nicht verdenken, wenn sie nicht erst vier lange Jahre warten, sondern schon vorher eine günstige Gelegenheit zur Umkehr benutzen. Ein weiterer Teil der aus unserer Lehrlingsabteilung Ausgeschiedenen wird dem Drängen ihrer Prinzipale Folge geleistet haben, die es ihnen verbieten möchten, Mitglied bei uns zu sein, es aber gerne sehen würden, wenn sie in dem Frankfurter gelben Unterstützungsverein Mitglied wären. Die Herren Prinzipale sind sogar bereit, die Beiträge hierfür zu zahlen, weil sie damit kalkulieren, daß die Lehrlinge nach ihrer Auslehre sich zu ihrem willenlosen Werkzeug benutzen lassen. Erfreulicherweise aber kann gesagt werden, daß bisher alle diese jungen Leute, die wirklich Mitglied in diesem Unterstützungsverein waren, nach ihrer Auslehre den Weg sofort zu unserer Organisation gefunden haben, weil sie infolge der ungünstigen Lage unseres Gewerbes von selbst zu der Ueberzeugung kamen, daß es nur durch eine gewerkschaftliche Organisation möglich ist, geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Endlich wird vielleicht auch ein Teil der Ausgeschiedenen aus unserer Lehrlingsabteilung freiwillig ausgetreten sein, weil sie nicht mit der von der Hamburger Generalversammlung des Verbandes im August 1910 beschlossenen Herabsetzung der Kranken-Unterstützungssätze einverstanden waren.

Wenn auch die Zahl dieser Unzufriedenen nicht groß sein dürfte, so wollen wir aber doch darauf hinweisen, daß diese kleine Herabsetzung der Kranken-Unterstützungssätze absolut notwendig war. Fortgesetzt mußte die Verbandskasse Zuschüsse leisten, so daß seit Gründung der Lehrlingsabteilung bis jetzt 11000 Mk. mehr für Unterstützung an die Lehrlinge ausgezahlt wurden, wie an Beiträgen eingenommen worden sind, weil eben der Beitrag zu gering und die Unterstützungen im Verhältnis zu diesem zu hoch waren. Es blieben daher nur zwei Wege: entweder den Beitrag zu erhöhen oder die Unterstützung um eine Wenigkeit zu kürzen. Die Generalversammlung entschied sich für das letztere, weil unsere jungen Freunde so wenig wie nur irgend möglich Beitrag zahlen sollen, da es manchem schon ohnehin schwer fallen dürfte, den jetzigen Beitrag zu zahlen, und wenn er auch nur 10 Pf. wöchentlich beträgt. Trotz der Unterstützungskürzungen wird die Verbandskasse auch in Zukunft Zuschüsse für die Lehrlingsabteilung zu leisten haben.

Unsere jungen Freunde müssen sich daher mit der kleinen notwendig gewordenen Reduzierung der Unterstützungssätze aussöhnen und weiter unablässig für Gewinnung neuer Mitglieder agitieren. Nach der letzten im Juli 1910 vorgenommenen Berufszählung sind in den verschiedenen Zweigen unseres Berufes insgesamt 5001 Lehrlinge vorhanden, von denen am 1. März 1911 aber nur 2931 Mitglieder in unserer Lehrlingsabteilung waren. Es bleibt somit allen Kollegen noch ein ganz Teil Arbeit beschieden, bis wir sagen können, daß wir auch den letzten unserer Lehrlinge für unsere Ziele und Bestrebungen gewonnen haben. Wenn aber jeder Kollege seine Pflicht tut, dann werden wir diesem Ziel immer näher kommen. Mit der Jugend, für die Jugend! ××

Ortsberichte.

Gera. Der Ausstand der hiesigen Lithographen und Steindrucker währt bereits 6 Wochen. Ein Ende des Kampfes ist nicht abzusehen. Die Zentrale des Unternehmerverbandes hat sich als Bureau für Arbeitswilligenvermittlung etabliert und hofft mit Hilfe glänzender Versprechungen den Streik niederzuschlagen. Unter der Devise, die »Freiheit der Arbeit im Steindruckgewerbe« zu erkämpfen, werden die Arbeitswilligen nach Gera versandt. In Wirklichkeit handelt es sich darum, die traurigen Löhne in Gera nicht höher werden zu lassen. Nach Gera gesandte Arbeitswillige, die Ehrgefühl genug hatten, wieder abzureisen, beklagten sich bitter, daß ihnen durch Angestellte des Schutzverbandes falsche Mitteilungen über den Streik gemacht worden wären und sie dadurch nach Gera gelockt wurden. Wir haben auch Beweise, daß Druckaufträge nur deshalb nach Gera gekommen sind, weil dort Preisunterbietungen gemacht wurden. Diese Konkurrenz geschieht auf Kosten der Arbeiter und das ist es, was der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer schützen will. Jeder ehrliche Arbeiter hüte sich deshalb, den Lockungen nach Gera zu folgen.

Heilbronn. Die Verwaltung unserer Zahlstelle ist schon seit längerer Zeit bemüht, die Versammlungen durch die Veranstaltung zeitgemäßer, belehrender Vorträge zu beleben. Sie kann auch mit Befriedigung von Erfolgen dieser Bemühungen berichten, denn mehrere neue Mitglieder wurden für unsere Organisation gewonnen. Leider hat aber auf der anderen Seite der schon oft gerügte Kontraktunfug der Unternehmer durch den rollenden Rubel wieder einen Kollegen zum Abtrünnigen gemacht. Das bisherige Mitglied Gustav Diener blieb zunächst absichtlich mit den Beiträgen zurück und teilte dann seinen Austritt mit einer beleidigenden und herausfordernden Bemerkung der Verwaltung mit. Jede Zuschrift der Verwaltung wies er schroff zurück, um das von ihm inzwischen eingegangene Kontraktverhältnis zu verheimlichen. Mancher Kollege, der schon hier in Stellung war, wird wegen dieses Verhaltens des Diener sehr erstaunt sein. Denn grade Diener hat als langjähriges Verwaltungsmitglied manchen kleinen Fehler streng gerügt, über alle hier erfolgten Kontraktabschlüsse mit zu Gericht gesessen und diese Verrätereien scharf gemißbilligt. Er hat daher die Peitschenhiebe redlich verdient, die bei der Kritik seiner Handlungsweise in unserer vorigen Versammlung von allen Seiten erbarmungslos auf ihn niederprasselten. Hauptsächlich wurde betont, daß er es nie aufrichtig und ehrlich mit unserer Bewegung gemeint haben könne. Die Anwesenden versprachen, sich durch diesen Verrat an der Organisation nicht irre machen zu lassen, sondern unaufhörlich weiter zu arbeiten und zu agitieren, bis auch der letzte Mann zu unser aller Wohl unter dem Gewerkschaftsbanner steht. Um dem Kontraktunfug der Unternehmer wirksam entgegentreten zu können, ist eine starke Organisation der Kollegenschaft unbedingt notwendig. Es soll und wird vorwärts gehen, trotz alledem.

Der Lithograph

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Lithographin.

III.

Nach dem, wie die Verhältnisse in der Lithographie liegen, ist es also durchaus nicht geraten, den Frauen zu empfehlen, sich diesem Gewerbe zuzuwenden. Aus hygienischen Gründen schon — von den vielen andern sei ganz abgesehen — sind solche Empfehlungen nicht am Platze. Das Stillsitzen von langer Dauer bei einer zusammengekauerten, vornübergebeugten Körperhaltung und das Anstrengen der Aufmerksamkeit bis zur äußersten Grenze ohne

Unterlaß kann der weibliche Organismus am wenigsten vertragen. Eine Frau, die sich erwerbsmäßig in der Lithographie betätigte, müßte darum noch viel eher als der Mann dem Siechtum anheimfallen. Es könnte bei der rücksichtslosen Ausbeutung, wie sie von den Unternehmern im Lithographiegewerbe betrieben wird, gar nicht lange dauern, bis daß ihre Lunge zerstört und ihr Nervensystem vollständig zerrüttet wäre. Dabei sei noch gar nicht gedacht an die vielen andern Beschwerden, die sich gerade bei der Frau sonst noch einstellen müßten. Jeder Gewerbehygieniker wird die Gefährlichkeit unsrer Berufsarbeit für die Frau auch bald erkennen.

Man muß daher sagen, daß der, der weiß, wie schwer die Lithographie zu erlernen ist, welche Körper- und Geisteskräfte ihre Ausübung erfordert und welche ungünstigen Verdienstaussichten sie bietet, geradezu unverantwortlich handeln würde, wenn er Frauen die Ergreifung dieses Berufes riete.

Man soll wohl im allgemeinen keinem gesitteten Menschen unterstellen, daß es ihm gleichgültig sei, ob es seinem Nächsten wohl ergehe oder nicht. Wir wollen daher auch ohne weiteres annehmen, daß alle jene Leute, die Frauen unserm Berufe zuführen wollen, wirklich die Absicht haben, ihren weiblichen Mitmenschen einen guten Dienst zu erweisen. Zu entschuldigen sind diese Leute in ihrem Gebaren deswegen aber noch nicht im geringsten; ihr Tun bleibt auch dann noch recht unverantwortlich, wenn man bei ihnen diese guten Absichten voraussetzt. Wer jemand einen Weg gehen heißt, ohne zu wissen, wie dieser beschaffen ist und wohin er führt, der handelt, gelinde ausgedrückt, doch bodenlos leichtsinnig. Genau dasselbe ist natürlich auch von dem zu sagen, der Frauen empfiehlt, einen Beruf zu wählen, dessen Wesen er selbst nicht im geringsten kennt!

Eine totale Unkenntnis über das Wesen der Lithographie verriet zum Beispiel auch die Leitung des Frauenbildungsvereins zu Frankfurt a. M., die mit großem Bombast in bürgerlichen Blättern ankündigte, daß sie in der kunstgewerblichen Abteilung des Vereins den im Zeichnen vorgeschrittenen Schülerinnen nun auch *Unterricht im Lithographieren* erteilen werde.

Wir wissen nicht, welche Zwecke dieser sogenannte Frauenbildungsverein in Frankfurt a. M. verfolgt, ob er nur dem Unterhaltungs- und Sportbedürfnis »besserer Dämchen« dienen will, oder ob er sich ernst das Ziel gesteckt hat, Frauen, die auf den Erwerb angewiesen sind, für einen Beruf vorzubereiten. Der ersten Ansicht muß man zuneigen, denn sonst hätte dessen Leitung sicher nicht auf die komische Idee verfallen können, junge Mädchen im Lithographieren zu unterrichten. Denn solchen Leuten, die sich ernsthaft der Aufgabe widmen, Frauen, die im Leben auf sich selbst angewiesen sind, eine Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, muß man doch zutrauen, daß sie wenigstens soviel wissen, daß die Lithographie nicht so im Handumdrehen in wenigen Unterrichtsstunden zu erlernen ist. Auf die Kenntnis der Tatsache, daß die Lithographie schon aus hygienischen Gründen kein geeignetes Arbeitsgebiet für die Frau sein kann, wollen wir noch gar nicht rechnen. Es wird sich bei diesem Frauenbildungsverein also nur um Sportexereien drehen. Aber trotzdem ist nicht gut anzunehmen, daß sich junge Damen nur des lieben Zeitvertreibes halber Unterricht im Lithographieren erteilen lassen wollen. Sicher wird dabei auch die Absicht, daraus in irgend einer Weise einmal materiellen Nutzen zu ziehen, viel mitsprechen. Gibt es doch gar viel Damen aus der sogenannten »*Gesellschaft*«, die lediglich zu dem Zwecke verschämt und heimlich für Geschäfte weibliche Handarbeiten verrichten und ihren auf den Erwerb angewiesenen Geschlechtsgenossinnen die größte Schmutzkonkurrenz bereiten, um mehr Mittel zur Befriedigung ihrer Putzsucht zu erlangen. Wäre es da nicht möglich, daß solche »vornehme Damen« in Frankfurt a. M. auf den komischen Einfall gekommen sind, Unterricht im Lithographieren zu nehmen zu dem Zwecke, um in die Lage zu kommen, sich Mittel zur Befriedigung ihrer Toilettenbedürfnisse in einer »standesgemäßeren« Weise, also durch Leistung von lithographischen Nebenarbeiten zu beschaffen?

Wir brauchen ja nicht zu befürchten, daß nun auch uns eine solche Schmutzkonkurrenz erwachsen werde. Diese Damen werden nur zu bald eine große Enttäuschung erleben! Mit dem Erlernen der Lithographie geht es halt doch ein bischen schwerer, als es sich diese guten Leutchen gemeinhin denken. Daß solche Damen jemals fähig oder gewillt wären, einen viele, viele Jahre dauernden mühseligen Lehrgang auf sich zu nehmen, um im Lithographieren den Stand der Geschicklichkeit zu erreichen, der nötig ist, wenn man sich praktisch im Berufe betätigen will, daran ist doch überhaupt nicht zu denken.

Aber dessen ungeachtet gereichen unserm Berufe solche Unternehmungen, wie sie dieser Frankfurter Frauenbildungsverein einleitete, doch sehr zum Schaden. Es wird durch die Bekanntmachungen, die über solche Spielereien in der bürgerlichen Presse erfolgen, in der Oeffentlichkeit noch mehr der Glaube genährt, daß die Lithographie ein Gewerbe sei, das bei einigem Talent spielend leicht, auch von Frauen, in verhältnismäßig nicht zu langer Zeit zu erlernen sei, und in dem man ohne viel Mühe und große körperliche Anstrengung bald sehr viel Geld verdienen könnte. Sich über die Bedeutung der Sportfexereien dieser »Bildungsvereine« hier einmal zu äußern, war daher sehr am Platze.

Ernsthafter noch ist aber entgegenzutreten den Aeußerungen, die von andern Frauenbildnern und -beratern über die Lithographie als Erwerbsquelle in der Oeffentlichkeit getan werden. Dies deshalb, weil von jenen unverantwortlich handelnden Leuten durch die Verbreitung solcher total falschen Anschauungen über das Wesen unsers Berufes und die Verdienstmöglichkeiten, die er bietet, nicht nur wir geschädigt werden, sondern weil auch jene auf sich selbst angewiesenen Frauen, die sich ernstlich um einen Erwerb bemühen müssen, geradezu in die Irre geführt werden. Darum muß auch diesen Leuten noch das nötige gesagt werden!

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium und Notendrucker.

Der Schutzverbandskreisvertreter Hyll in Barmen.

Nachdem Herrn Hyll in der »Graph. Presse« Nr. 20 vom 20. Mai 1910 auf seinen Artikel im Steindruckgewerbe vom 1. Mai 1910 die nötige Abkühlung zuteil wurde, habe ich Ruhe vor ihm gehabt. Erst jetzt, nach 1½ Jahren, zeigen sich wieder Ansätze zu neuen Spiegelfechtereien, die nicht unbeachtet bleiben können. Allerdings verdienen sie vornehmlich pathologisches Interesse. Denn wenn auf knapp 1¾ Spalten unsrer Redaktion, dem Ortsvorstand von Barmen und dem Gauvorstand von Rheinland-Westfalen soviel kosende Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen werden, wie es in Nr. 16 des Schutzverbandsorgans geschieht, so geht das über das Maß des Normalen hinaus. Man läßt es sich sonst schon gefallen, daß ein bedrängter Mensch seinem Herzen Luft macht; aber es sollte wenigstens so geschehen, daß man nicht schon den ersten paar Zeilen ansieht, wie neben andern Umständen die tropische Hitze der letzten Zeit auf das gemarterte Hirn ihre Einwirkung nicht verfehlt hat. Normal kann es nicht sein, wenn man allen Gegnern »Lügen« vorwirft. Da scheint es doch, als lüge man sich selber etwas vor.

Nun zur Sache selbst. Herr Hyll leugnet ab, jungen Steindruckern »Oberposten« versprochen zu haben. Tatsächlich hat man aber in der Absicht, den jungen Leuten einen Floh ins Ohr zu setzen, einem Kollegen erklärt, »man habe etwas mit ihm vor«. Aehnliche Anspielungen sind auch andern gegenüber gemacht worden. Kommt es da noch darauf an, daß man nicht direkt von »Oberposten« gesprochen hat? Die Hauptsache ist doch, daß man seine Worte so wählte, daß der in der »Gr. Pr.« geschilderte Eindruck bei den jungen Leuten erweckt werden mußte. Auf die mit solchen dunklen Andeutungen verfolgte *Absicht* kommt es an. Und tatsächlich sind die Aeußerungen von allen befragten Kollegen auch garnicht anders aufgefaßt worden; alle haben den in Nr. 24 der »Gr. Pr.« geschilderten Eindruck erhalten. Daß dieses plumpe Manöver der Oeffentlichkeit übergeben worden ist, mag denen, die es ausführten, jetzt allerdings etwas unangenehm sein, da man daraus ersehen kann, daß mit unfairen Mitteln gearbeitet wurde.

Mit keinem Wort wurde in der »Gr. Pr.« behauptet, daß die mit den zitierten Andeutungen bedachten Leute bei Hyll auch tatsächlich zu »Obern« gemacht worden wären, wenn sie den Köder ernst genommen hätten, obwohl in der Firma, wie wir gesehen haben, auch ein Wechsel von Obern vorkommt, sodaß demnach ein Bedürfnis zum Nachzüchten »gesinnungstüchtiger« Leute vorhanden sein muß. Fest steht, daß den jungen Leuten alle möglichen und unmöglichen Versprechungen gemacht worden sind, lediglich zu dem Zwecke, die Nutzlosigkeit der Organisation zu demonstrieren. Herr Hyll leugnet es ja auch garnicht ab, Versprechungen gemacht zu haben. Er leugnet nur ab, direkt von Oberposten gesprochen zu haben. Es ist also garnichts anderes als eine dialektische Spiegelfechterei, die man an ihm gewöhnt ist. Warum soll denn auf einmal die ganze Welt wieder Lügner sein? Jedenfalls sind uns unsere Kollegen glaubwürdiger als Herr Hyll. Nach allem, was man bisher gehört und selbst mit erlebt hat, wird er unsere Ansichten über seine Glaubwürdigkeit verstehen können. Ein kleines Beispiel diene zur Illustration:

Hyll erklärt, er habe den Vorsitzenden der Zahlstelle Barmen nicht zur Verhandlung aufgefordert. Mir ist bekannt, daß Hyll den Ortsvorstand brieflich und durch Boten zu einer Verhandlung bewegen wollte. Aber dieser lehnte ab. Deswegen steckte sich Hyll hinter den Schutzverbandssekretär Dr. Wagner, der mich in Aachen im Beisein Hyll's gelegentlich einer Verhandlung angegangen hat. Ich sagte, ich hätte nichts vorzubringen; wenn Hyll etwas wünsche, solle er sich selbst an mich wenden. Sei ein Bedürfnis vorhanden, dann stehe einer Verhandlung nichts entgegen. Trotz dieser Vorgänge erklärt Hyll, er habe nicht zu Verhandlungen aufgefordert, es habe für ihn kein Grund dazu vorgelegen! Diese Verdrehung der Tatsachen kann sich Hyll von seinem Sekretär bestätigen lassen. (Vielleicht hat Dr. Wagner als Redakteur des Schutzverbandsorgans über den Hyllschen Artikel geschrieben, er sei ihm aus Barmen zugesendet worden, weil er selbst mit dem Ding aus Reinlichkeitsgründen nichts zu tun haben wollte.)

Dieses schwindelhafte Vorspiel hat aber seinen ganz besonderen Zweck; es soll nämlich den Beweis für die Hyllsche Behauptung erleichtern, daß ich um Lohnzulagen »gebetteltt« hätte. Das Betteln scheint also eine ganz besondere Eigenschaft eines Gauleiters zu sein. Untersuchen wir die Positionen der beiden Parteien; jeder objektive Mensch wird dann zu einem Urteil kommen, dessen ich mich nicht zu schämen brauche.

Der damals bestehende Zustand war für die Firma Hyll & Klein alles andere als günstig, denn alle ledigen Kollegen hatten gekündigt. Eine allgemeine Erbitterung hatte sich der Kollegen bemächtigt, so daß auch von den stehenden Gehilfen die Ueberstunden verweigert wurden. Der Grund dazu war die Behandlung der Gehilfen durch einige Ober; auch sonstige Vorkommnisse spielten mit. Kurzum, die Kollegen hatten die Lust verloren, in dieser Firma zu arbeiten. Hyll suchte daher Leute zu engagieren, und zwar teils per Telegramm, was immer ein Zeichen dafür ist, daß es rasch gehen muß. Auch die Entfernungen spielten gar keine Rolle; Italien war nicht zu weit. Ebensowenig kamen die Lohnhöhen für Herrn Hyll in Frage; denn trotzdem er kurz vorher als Kreisvertreter ein Zirkular an alle Anstalten versandt hatte, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß den Bestrebungen der Gehilfen, für Leute von 17 bis 18 Jahren 27 und 28 Mk. Lohn herauszuschlagen, entgegengearbeitet werden müsse, wollte Herr Hyll als Verfasser dieses Zirkulars selbst junge Leute von 21 Jahren aus Schlesien mit einem Lohn von 30 Mk. engagieren! So stand die Position bei der Firma.

Bei uns war sie folgendermaßen: 8 Kollegen hatten gekündigt, 6 davon waren schon ausgetreten und 2 von diesen hatten noch keine Stellung. Einer von den Gekündigten hatte erst 1 Mk. Lohnzulage erhalten und bekam nunmehr in einer Privataudienz weitere 2½ Mk. zugebilligt; nach 3 Monaten sollte er ferner noch einmal 2½ Mk. Lohnzulage erhalten. Dieser schaltete also für uns aus. Somit stand noch einer in der Firma. Die beiden Arbeitslosen erhielten Arbeitslosenunterstützung, keine Streikunterstützung. Die Organisation hatte also gar kein Risiko, demnach war sie auch an der Anbahnung von Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der Firma Hyll & Klein gar nicht besonders interessiert. Wenn wir uns aber nachher zu einer Verhandlung herbeiließen, so ist es selbstverständlich, daß wir mindestens etwas dabei herauszuschlagen versuchten. Bei der Verhandlung kam somit nur ein Kollege für Lohnzulagen in Frage, wenigstens von den jungen Gehilfen; dieser bekam auch 1 Mk. bewilligt. Daß ich damit nicht zufrieden war, liegt nach Lage der Situation auf der Hand. Daher forderte ich für 4 Kollegen, von denen allerdings schon kurz vorher 3 durch eigenes Vorgehen Zulagen bewilligt erhalten hatten, weitere Aufbesserungen, denn diese Familienväter waren keineswegs gut entlohnt. Da erklärte Hyll, weitere Zulagen könne er nicht bewilligen, da er dadurch bei den Gehilfen in ein schiefes Licht kommen würde; außerdem verbiete es ihm das Prinzip aus Rücksicht auf den Schutzverband. Denn alle seitherigen Lohnzulagen — es waren etwa 16 Mk. — bewilligte Hyll den Kollegen direkt auf deren persönliches Ansuchen. Der Standpunkt Hylls war verständlich, nur hatte er den Fehler, daß er nicht unbekümmert darum, ob sich die Verhandlungen zerschlagen würden, konsequent durchgeführt wurde. Denn als ich daran erinnerte, daß neben dem prinzipiellen auch noch der kaufmännische Standpunkt von Herrn Hyll berücksichtigt werden müsse, da wurde er nachdenklich, und als ich weiter anführte, daß es mir ganz unmöglich sei, mit diesem bisher gegebenen Zugeständnis eine gewisse Befriedigung bei den Gehilfen für die von der Firma begangenen Sünden auszulösen, da siegten bei Hyll die kaufmännischen über die prinzipiellen Gesichtspunkte. Man bewilligte nicht für 2 Kollegen, wie Hyll in seinem Artikel behauptet, sondern für 3 Kollegen je 1 Mk. Zulage, für die ich allerdings den Termin festlegte, aber nicht mit der von Hyll behaupteten geradezu hirnverbrannten Motivierung der Maßregelung. Und jetzt hat sogar auch der vierte Kollege eine Zulage von 2 Mark erhalten! Alles aus »freien Stücken«.

Aus dieser Sachlage kann jeder ersehen, ob die Position der Gehilfen so war, daß ihr Vertreter

»betteln« mußte. Diese Charakterisierung meiner Person durch Herrn Hyll stimmt auch mit der sonst von ihm beliebten gar nicht überein; überall und bei jeder Gelegenheit bezeichnet er mich doch als den *forschen* Gauleiter. Und bei der günstigsten Position, die man sich denken kann, soll sich dieser forsche Gauleiter auf einmal aufs »Betteln« verlegt haben? Die Demagogie entwickelt manchmal recht sonderbare Phantasien, das hat dieses Hyllsche Geschreibsel wirklich drastisch zum Ausdruck gebracht.

Die angeblichen sittlichen Verfehlungen, die Hyll unserm Ortsvorsitzenden nachsagt, bestanden in einem ganz harmlosen Scherz und datieren nicht weniger als — 3½ Jahre zurück! Damals hat Hyll den Kollegen in höchst eigener Person zur Rede gestellt, womit die Sache erledigt war. Denn der Kollege war noch 2 Jahre in der Firma beschäftigt und er wäre heute noch dort, wenn er für das billige Geld geblieben wäre. Solange also die Firma Hyll & Klein den Kollegen ausnutzen konnte, solange war er sittlich nicht anrüchig. Nun er aber die Verbandsinteressen wahrzunehmen hat und dabei öfters mit der Firma in Berührung kommt, hat man sich seines alten »Fehlers« erinnert. Das ist die noble Kampfesweise des Herrn Hyll, der sich über die »persönlichen Anpöbelungen niedrigster Art«, mit denen er in der »Gr. Pr.« bedacht worden sein soll, nicht genug entrüsten kann. Pfui Teufel! Ob gerade Herr Hyll die Qualifikation zum Sittenrichter besitzt, dürfte Zweifeln begegnen. Denn soviel erinnerlich ist, hat er doch als Vorsitzender des Barmer Verkehrsvereins einmal die Anregung gegeben, daß »Sittlichkeitshäuser« in Barmen errichtet werden sollen, damit nicht die Reisenden und andere Bedürftige nach Elberfeld zu gehen brauchen, um dort ihr Geld liegen zu lassen. Im Zusammenhange mit dieser Sache hat Hyll bekanntlich eine Auseinandersetzung mit einem Barmer Stadtrat gehabt, die ihm eine Beleidigungsklage und eine Verurteilung zu 100 Mk. Geldstrafe eintrug. Man sollte also lieber nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt!

Alles in allem überlassen wir das Urteil über die Kampfesweise des Herrn Hyll gegenüber einem wirtschaftlichen Gegner, der ihm lästig wurde, getrost allen anständigen Leuten. Wir beneiden Herrn Hyll nicht um den Verdienst, derartige in dieser Form noch nicht dagewesene Kampfmethoden eingeführt zu haben. Wir überlassen sie ihm gern als unbestrittenes Gebiet, das mit Sachlichkeit so wenig zu tun hat, wie sein ganzer Artikel mit den Tatsachen. Aber jeder hilft sich eben, so gut er es versteht, und jeder blamiert sich, so gut er kann. Es liegt uns fern, Herrn Hyll dieses Recht zu bestreiten.

Otto Bauknecht.

Aus den Sektionen.

Leipzig. Am 9. August fand im Volkshaus eine Sektionsversammlung statt, in der Kollege Pfeiffer über die jetzige Berufslage der Stein- und Notendrucker referierte. Er führte aus, daß eine weitere Besserung der Geschäftslage gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen sei, von einer Hochkonjunktur aber nicht gesprochen werden könne. Wenn sich nun die geschäftliche Lage gehoben habe, sei dies aber von der wirtschaftlichen Lage der Kollegen nicht zu konstatieren. Im Gegenteil sei ein, wenn auch unbedeutender, Rückgang der Löhne zu verzeichnen. Im Widerspruch zu diesem Rückgang der Löhne stehen die gesteigerten Anforderungen an den Drucker, die sowohl in der Vergrößerung der Formate als auch in der Höhe der Druckleistungen zum Ausdruck kommen. Die Durchschnittslöhne betragen nach der im Juli aufgenommenen Statistik für Maschinenmeister 32,10 Mark, für Um- und Andrucker 28,62 Mk. Daß diese Löhne den heutigen Verhältnissen entsprechen, wird niemand zu behaupten wagen. Besonders kraß sei aber der Unterschied zwischen den Löhnen der Maschinenmeister und der Handpressendrucker, der sich in keiner Weise rechtfertigen lasse. Noch schlechter liegen die Lohnverhältnisse im Notendruck. Bei den im Wochenlohn arbeitenden Notendruckern beträgt der Durchschnittslohn an der Maschine 28,22 Mk., im Umdruck 28,08 Mk. Aufgabe der Kollegenschaft sei es, auf eine Besserung der Verhältnisse mit aller Kraft hinzuwirken. Nach der Wahl der Delegierten zum Bezirkstag entspann sich eine längere Diskussion darüber, daß die Leipziger Schnellpressenfabrik vorm. Schmiers, Werner & Stein Kollegen sucht, die auf ihre Kosten die Bedienung der Rotations- und Offsetpresse erlernen. Da diese Firma neben den Druckereibesitzern das größte Interesse an eingearbeiteten Rotations-Maschinenmeistern hat, hält man es für recht und billig, die Lernenden so zu entschädigen, daß sie existieren können. Nachstehende Resolution wurde einstimmig gefaßt: »Die am 9. August tagende Versammlung der Sektion I beauftragt die Verbandsleitung, mit der Leipziger Schnellpressenfabrik ein Abkommen zu treffen, während der Ausbildung an der Rotary oder Offsetpresse bei 8stündiger Arbeitszeit eine Entschädigung von 30 Mk. zu gewähren und eine bestimmte Dauer der Lehrzeit festzusetzen.«

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Resultate der Gehilfen-Kreisvertreterwahlen im Lichtdruck.

Die Zahlen in Klammern sind die abgegebenen *gültigen* Stimmen.

Fettgedruckt sind die auf jeden einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen als Kreisvertreter.

Die übrigen Zahlen zeigen die Simmen als Stellvertreter.

Kreis I.

	Ulrich	Ulbrich	Benesch
Hannover (8)	**8** — 0	**0** — 6	**0** — 2
Hamburg (14)	**12** — 0	**0** — 5	**2** — 9
Lübeck (15)	**1** — 6	**3** — 7	**11** — 2
	21 — 6	**3** — 18	**13** — 13

Kreisvertreter: L. Ulrich, Hamburg,
Stellvertreter: P. Ulbrich, Lübeck.

Kreis II.

	Dreßler	Binte	Lampert	Thiele
Berlin (149)	**132** — 7	**73** — 41	**23** — 93	**11** — 86

1. Kreisvertreter: Fritz Dreßler, Berlin,
2. „ : Karl Binte, Berlin,
1. Stellvertreter: Georg Lampert, Berlin,
2. „ : Karl Thiele, Berlin.

Kreis III.

	Müller	Hilbig	Jentzsch
Magdeburg (22)	**0** — 19	**22** — 0	**0** — 1
Leipzig (149)	**118** — 17	**25** — 40	**6** — 91
Saalfeld (6)	**2** — 1	**4** — 2	**0** — 3
Halberstadt (17)	**6** — 6	**11** — 6	**0** — 5
	126 — 43	**62** — 48	**6** — 100

Kreisvertreter: Prosper Müller, Leipzig,
Stellvertreter: Karl Jentzsch, Leipzig.

Kreis IV.

	Schäfer	Jakobi
Dresden (61)	**53** — 7	**8** — 52
Zittau (17)	**16** — 1	**1** — 16
Breslau (9)	**7** — 2	**2** — 7
	76 — 10	**10** — 75

Kreisvertreter: Fr. Schäfer, Dresden,
Stellvertreter: Paul Jakobi, Dresden.

Kreis V.

	Fahrner	Peukert
München (21)	**26** — 6	**6** — 26
Kaufbeuren (4)	**4** — 0	**0** — 4
Nürnberg (3)	**3** — 0	**0** — 3
	33 — 6	**6** — 33

Kreisvertreter: J. Fahrner, München,
Stellvertreter: F. Peukert, München.

Kreis VI.

	Plieninger	Utz
Stuttgart (29)	**24** — 3	**5** — 24

Kreisvertreter: E. Plieninger, Stuttgart,
Stellvertreter: O. Utz, Stuttgart.

Kreis VII.

	Gnau	Reimer
Bonn (3)	**0** — 3	**3** — 0
Darmstadt (13)	**9** — 3	**4** — 9
Frankfurt a. M. (2)	**0** — 2	**2** — 0
Köln a. Rh. (19)	**13** — 6	**6** — 10
	22 — 14	**15** — 19

Kreisvertreter: F. Gnau, Darmstadt,
Stellvertreter: E. Reimer, Köln a. Rh.

Das Zentral-Wahlkomitee
I. A. Hugo Albrecht.

Stellenangebote

Tüchtige
Positiv-Retuscheure
für Maschinenretusche in dauernde, angenehme Stellung gesucht. [210
Müller & Bürkle, Göppingen.

Retuscheur!
nur allererste Kraft, für feinste Maschinenretusche zum baldigen Antritt in dauernde Stellung gesucht. [240
C. L. A. Probst, Braunschweig.

Erstklassige
Farben- und Autoätzer,
sowie ein erfahrener
Metallretuscheur
für Strich und Auto zum sofortigen Eintritt gesucht. [300
E. Schreiber, G. m. b. H., ***Stuttgart.***

Ein gewandter
Farben-Andrucker
und einige tüchtige
Farben-Aetzer per sofort gesucht. Gefl. Offerten mit Proben und Gehaltsansprüchen erbeten an [300
Gustav Dreher,
Wttbg. Graph. Kunstanst., ***Stuttgart.***

Kopierer
für ***Metall-*** u. ***Steinkopien,*** feinste Arbeit, sicher und schnell, möglichst sofort gesucht. [270
Krey & Sommerlad,
Niedersedlitz-Dresden.

Wirklich tüchtige
Vierfarben-Aetzer,
desgleichen ein
Nachschneider
für Farben und Schwarz (Autotypie und Zinko) ferner ein
Positiv-Retuscheur,
erstklassig, für feine Maschinenretusche, werden eingestellt. Die Stellungen sind dauernd und gut bezahlt. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche u. Zeugnisabschriften an [510
A. Gässler & Co., Chemigr. Kunstanstalt, ***München,*** Briennerstr. 32.

Kopierer
durchaus tüchtig, erfahren und zuverlässig für penible Arbeit, suchen [240
Böhme & Co., G. m. b. H., ***Magdeburg-Wst.***

Perfekter
Rastertiefätzer
per sofort gesucht. [180
Oscar Consée, München V.

Gesucht
Einleger
oder
Einlegerin
für lithogr. Schnellpressen und Buchdruckpressen, ebenso ein
Einleger
für Lackiermaschine. Offerten m. Lohnansprüchen, Zeugnisabschr. und wann Eintritt erfolgen kann, an [510
C. Müller, Papierwarenfabrik, ***Konstanz*** (Baden).

Kopiererei-Hilfsarbeiter
sauber und gewissenhaft, der in gleicher Stellung länger tätig war, gesucht. [180
Krey & Sommerlad, Kunstanstalt, ***Niedersedlitz-Dresden.***

Erstklassiger
Nachschneider
für Autotypie zum baldigen Eintritt gesucht. [240
E. Schreiber, G. m. b. H., ***Stuttgart,*** Hackstraße 77.

Suche im Nachweis tüchtige
Messingstecher
für Tapete und Linoleum. [195
Karl Eriksson, Göteborg,
Kaponniergatan 8.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Verschiedenes

165] **„Matt-Lack“.**
Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme.
F. Hantke, Maschinenmeister, ***Hamburg 22,*** Wohldorferstr. 60.

1 Massanzug 16 M. Md. Dess. Must. fr. Eg. Gruner, Ratibor 46

Die besten Spritzapparate
liefert
Leipziger Tangier-Manier,
Alexander Grube, Leipzig 4, Talstr.

Th. Sebald, Leipzig :: Bedarfsartikel für Lithographie, Steindruck und Chemigraphie

Ueberdruckpapier, transparent No. 5 5aa 5a 5000
p. 100 Bg. Mk. 4,25 5,30 24,75 5,—
„ f. Autographien No. 6a 6b
p. 100 Bg. Mk. 8,50 6,50
„ immerfeucht (Universal) No. 7N 7R 7W
p. 100 Bg. Mk. 8,60 8,60 8,60
alle Papiere auch in Formaten bis 82×100 cm zu höheren Preisen
chin. Papier ungestrichen . . . . . p. 25 Bg. Mk. 3,— b. 4,80
99. ***Walzen,*** Leder f. Handpresse rauh oder glatt doppeltunterlegt
cm. 28 30 32 35 38 42 45 50
Mk. 9,— 9,50 10,— 10,75 11,50 12,75 13,— 15,—
„ Gummi f. Handpresse cm 28 32 35 38 42 50
Mk. 13,50 14,50 15,— 16,— 17,— 19,—
„ Gummischläuche in jeder Größe . . . . . p. kg. Mk. 15,—
„ Sammet . . . . . von Mk. 6,— b. 8,75
„ Plüsch . . . . . „ 7,65 b. 10,50
„ Schuhe . . . . . das Paar „ —,50 „ 1,—
Schluss folgt!